Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

2025

SICHERHEIT SCHWEIZ

Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

SICHERHEIT SCHWEIZ

Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

2025

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Dieser vorliegende Lagebericht ist keine leichte Lektüre, aber eine notwendige. Er konfrontiert uns einmal mehr mit den geopolitischen Fakten: Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz drastisch verschlechtert. Diese Entwicklung ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern ein anhaltender Trend, der die Schweiz vor sicherheitspolitische, politische und gesellschaftliche Herausforderungen stellt.

Der Ernst der Lage wird breit anerkannt. In ganz Europa wie auch in der Schweiz sind Massnahmen zur eigenen Sicherheit wieder in den Fokus der politischen Agenda gerückt – und zwar schnell und massiv. In der Schweiz ist die Sicherheitspolitik eine Verbundaufgabe. Ihre Weiterentwicklung erfordert das abgestimmte Engagement aller beteiligten Akteure. Unser Ziel ist eine Sicherheitspolitik, die unsere Bevölkerung, kritische Infrastrukturen und unsere Lebensgrundlagen wirksam vor Bedrohungen schützt – und zugleich unsere Souveränität und Selbstbestimmung wahrt.

Eine tragende Rolle kommt hier dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zu. Er beschreibt und analysiert die Lage nüchtern und objektiv. Er übernimmt Verantwortung in der Gefahrenabwehr und trägt mit seinen Analysen und Lagebeurteilungen wesentlich zur Früherkennung sicherheitspolitischer Entwicklungen bei.

Der vorliegende Bericht „Sicherheit Schweiz 2025“ liefert eine fundierte Auslegeordnung des Sicherheitsumfelds unseres Landes. Seine Lektüre macht deutlich: Wir müssen rasch und entschlossen handeln. Dafür braucht es ein Zusammenrücken aller Kräfte. Ich werde mich in diesem Sinne für einen offenen Dialog zugunsten der Stärkung der Sicherheit der Schweiz einsetzen – im Bundesrat, mit dem Parlament, mit den Kantonen und mit der Bevölkerung.

Martin Pfister

Bundesrat
Chef VBS

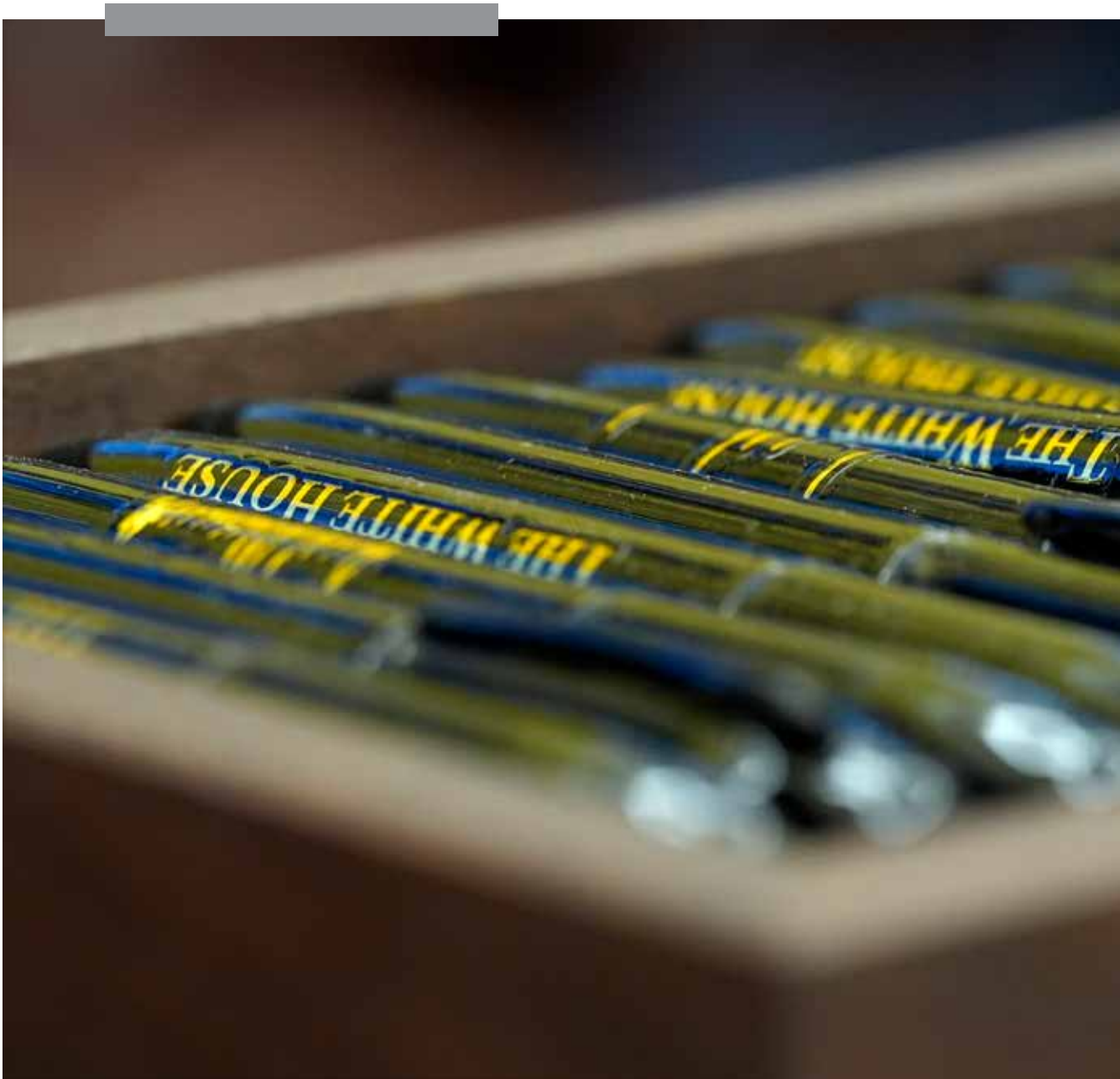


Abbildung 1

DER LAGEBERICHT IN KÜRZE

Die internationale Ordnung befindet sich im Umbruch. Es zeigen sich primär zwischen den USA auf der einen und China und Russland auf der anderen Seite **Konturen einer globalen Konfrontation**. Es wird schwieriger, sicherheitspolitische Herausforderungen mit kooperativen Ansätzen zu lösen. Das in Bewegung geratene sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz könnte künftig weniger Schutz bieten.

Der wichtigste globale strategische Trend bleibt die **Rivalität** zwischen den **USA** und **China**. Diese wird die globale Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren tiefgehend prägen. Ein Aspekt dieser Rivalität ist der Kampf um die technologische Vorherrschaft.

Wie gross das Transformationspotenzial der neuen amerikanischen Administration bezüglich der internationalen Ordnung und vor allem der atlantischen Beziehungen ist, wird sich erst zeigen. Aber es ist ungewiss, in welchem Ausmass und wie die **USA** künftig als globale Ordnungsmacht und als Garant der Sicherheit in **Europa** agieren werden. Die amerikanische Politik ist insgesamt noch wenig ausgereift und bleibt widersprüchlich. Eine umsetzbare „Grand Strategy" ist noch nicht erkennbar. Die Lage veranlasst aber die meisten europäischen Staaten schon heute dazu, ihre verteidigungspolitischen Anstrengungen zu verstärken. Da die Umsetzung jedoch Zeit in Anspruch nimmt, stünde Europa in den kommenden Jahren bei einer Zerrüttung des transatlantischen Verhältnisses vor einer Sicherheitslücke.

Nach eigener Überzeugung kann **Russland** seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine 2025 in gleicher Intensität weiterführen. Präsident Wladimir Putin ist entschlossen, die Ukraine fest in den russischen Herrschaftsbereich zu integrieren. Das Grundszenario bleibt die Fortsetzung des Kriegs; ein Friedensabkommen bleibt 2025 unwahrscheinlich, und es besteht kein militärischer Druck für Russland, sich auf eine Waffenruhe oder Friedensverhandlungen einzulassen. Russland zielt dabei über die Ukraine hinaus strategisch auf die Wiedererlangung seines vormaligen Status als imperiale Grossmacht. Gegenüber EU- und Nato-Staaten hat Russland seine hybride Konfliktführung eskaliert und 2024 insbesondere Sabotageaktivitäten intensiviert. Eine solche Konfliktführung könnte künftig auch auf diese Staaten zielen, indem Infrastrukturen in der Schweiz angegriffen werden, die für diese Staaten von kritischer Bedeutung sind. Nuklearwaffen als Machtmittel haben seit 2022 eine seit dem Kalten Krieg nicht mehr gesehene Bedeutung. Die meisten Nuklearmächte rüsten ihre nuklearen Arsenale auf. Die Anreize für nukleare Proliferation steigen in verschiedenen Weltregionen.

Russland bleibt strategischer Partner Chinas. **China** trägt ökonomisch und mit Dual-use-Gütern essenziell zum Krieg gegen die Ukraine bei. Es versucht auch damit, das Kräfteverhältnis gegenüber den westlichen Staaten zu verändern. Zwischen China und Europa bestehen politische und wirtschaftliche Spannungen, doch sind die Akteure gewillt, Dialog und Handel aufrechtzuerhalten. In der Taiwanfrage will China wahrscheinlich keine Eskalation provozieren, die in einen Krieg mit den USA münden könnte. Es wird aber den Druck hochhalten, und Taiwan ist ein Kerninteresse, das China im internationalen Rahmen vehement verteidigen wird.

Nordkorea ist mit seinem politischen und militärischen Bündnis mit Russland aus seiner geopolitischen Isolation getreten. Militärisch stellt die Entwicklung ballistischer Interkontinentalraketen als Trägermittel für Nuklearwaffen eine Bedrohung für die Sicherheit Europas dar. Die europäischen Staaten sind aber nicht im Fokus der nordkoreanischen Führung.

Aus der regionalen Eskalation nach dem terroristischen Grossangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 sind **Iran** und seine sogenannte Achse des Widerstands geschwächt hervorgegangen. Der Sturz des Regimes von Baschar al-Asad in Syrien, die Schwächung der Hisbollah im Libanon und die Dezimierung der Hamas im Gazastreifen haben Iran empfindlich getroffen. Sollte die iranische Führung die derzeitige militärische Eskalation in ihrer bisherigen Form überstehen, wird sie strukturiert daran arbeiten, ihren Einfluss in der Region wieder zu erhöhen.

Auch nach dem Sturz des Asad-Regimes gibt es in **Syrien** mehrere Konfliktschauplätze. Aus sicherheitspolitischer Sicht der Schweiz sind insbesondere Entwicklungen im Norden und Osten des Landes relevant. Im Norden stehen sich einerseits der Türkei, andererseits der PKK nahe Milizen gegenüber – in dieser Region steht die Sicherheit der kurdisch geführten Lager und Gefängnisse mit Insassen des „Islamischen Staats" auf dem Spiel. Im Osten haben Zellen des „Islamischen Staats" überlebt. Falls es einem erstarkten „Islamischen Staat" gelingt, seine Kader und Anhänger aus den Gefängnissen zu befreien, stellen insbesondere die dort verbliebenen Dschihadreisenden mit Schweizbezug eine direkte Bedrohung für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz dar.

Dieses strategische Umfeld prägt die Sicherheitslage der Schweiz:

Proliferation
Der Abnutzungskrieg gegen die Ukraine erzeugt für Russland einen enorm hohen Bedarf. Die Spannweite der benötigten Güter ist extrem gross. Sie werden bei befreundeten Staaten gekauft oder weiterhin unter Umgehung der Sanktionen in westlichen Ländern beschafft, auch in der Schweiz. Ein Rückgang der Beschaffungsbemühungen ist nicht festzustellen. Es wird eine neue Vorgehensweise gewählt: Produktionsmaschinen werden nicht nach Russland geliefert, sondern in Drittstaaten. Dort installiert, produzieren sie die Güter, die dann direkt nach Russland geliefert werden. Auch die Beschaffungsbemühungen Irans und Nordkoreas halten an.

Verbotener Nachrichtendienst
In der derzeitigen, von Kriegen und Konflikten geprägten Lage werden die Mittel und Kompetenzen zahlreicher Nachrichtendienste äusserst wahrscheinlich ausgebaut. Die Spionagebedrohung in der Schweiz bleibt hoch. Die Schweiz gilt seit Jahrzehnten als wichtiger Operationsraum in Europa, weil sich hier zahlreich lohnende Ziele finden.

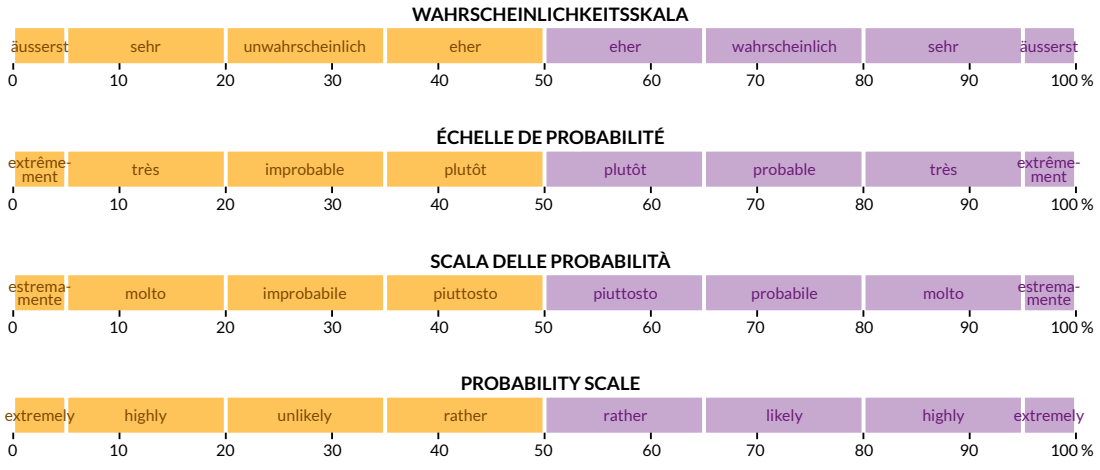
Terrorismus
Die Terrorbedrohung bleibt erhöht. Sie wird jedoch diffuser, da Anschläge zunehmend keine eindeutig dschihadistische Motivlage mehr aufweisen. Dschihadistische Propaganda wird ihre Wirkung weiter entfalten, insbesondere die Propaganda des „Islamischen Staats". Das Phänomen der dschihadistischen Online-Radikalisierung, insbesondere von Jugendlichen, wird in der Schweiz die Terrorbedrohung weiter prägen.

Gewalttätiger Extremismus
In der gewalttätigen links- und der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene sind nur marginale Veränderungen zu beobachten. Das Gewaltpotenzial der gewalttätigen linksextremistischen Szene ist hoch, und die Szene vermag spontan zu mobilisieren. Die gewalttätige rechtsextremistische Szene wird aktiv bleiben. Einzelne Exponentinnen und Exponenten aus beiden Szenen besuchen Kampfsportausbildungen und haben eine gewisse Affinität zu Waffen. Fälle von Minderjährigen und jungen Erwachsenen, die sich online radikalisieren und terroristische Absichten entwickeln, werden weiter zunehmen.

Bedrohung kritischer Infrastrukturen

Für Betreiber kritischer Infrastrukturen in der Schweiz stellen Cyberangriffe eine bedeutende Bedrohung dar. Sabotage durch staatliche Cyberakteure wurde in der Schweiz bislang nicht beobachtet. Angriffe könnten jedoch aus machtpolitischem Kalkül erfolgen, entweder um der Schweiz direkt oder ihren europäischen Nachbarn als Nato- oder EU-Mitgliedern zu schaden.

Übersicht über die in diesem Bericht verwendeten Wahrscheinlichkeitsangaben



DER LAGERADAR

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB und des Bundesamtes für Polizei liegen. Auf Themen anderer Bundesstellen wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf deren Berichterstattung verwiesen.

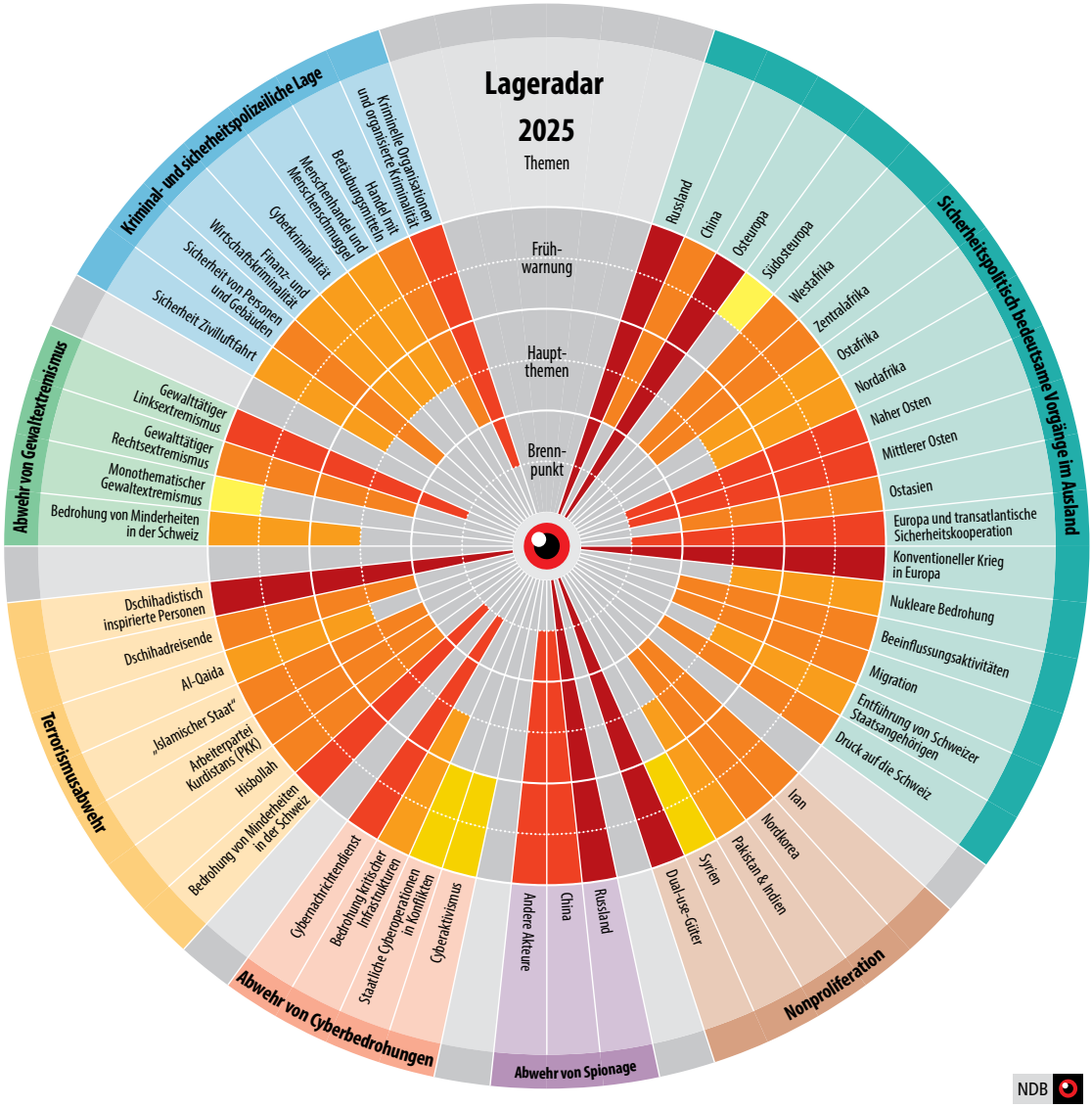


Abbildung 2

STRATEGISCHES UMFELD

KONTUREN EINER GLOBALEN KONFRONTATION

Die Sicherheitslage im Umfeld der Schweiz verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Die heutige Welt ist fragmentiert, volatil und risikoreich. Machtstreben und geopolitische Konflikte erschweren kooperative Ansätze zur Lösung regionaler und globaler sicherheitspolitischer Herausforderungen. Die internationale Ordnung befindet sich im Umbruch; es zeigen sich primär zwischen den USA auf der einen und China und Russland auf der anderen Seite Konturen einer globalen Konfrontation.

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die weltweite Verknüpfung regionaler bewaffneter Konflikte dramatisch verstärkt. So unterstützt Nordkorea, ein nuklearer Besitzerstaat ausserhalb des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT), Russland inzwischen nicht mehr nur mit Waffensystemen und Munition, sondern auch mit Soldaten. Was Nordkorea, aber auch Iran und China für ihre Unterstützung des Kriegs gegen die Ukraine erhalten, ist nur teilweise bekannt. Die Gegenleistungen verschärfen aber Konflikte im asiatisch-pazifischen Raum sowie im Nahen und Mittleren Osten: Iran, das den Schritt zum nuklearen Besitzerstaat ausserhalb des NPT gehen könnte, und Israel, ein nuklearer Besitzerstaat ausserhalb des NPT, haben sich 2024 erstmals einen direkten militärischen Schlagabtausch geliefert. Israel hat am 13. Juni 2025 mit Militärschlägen gegen das iranische Nuklearprogramm begonnen. Die unter anderen von Iran und Russland unterstützten Huthi konnten ihre Herrschaft im Jemen stabilisieren und mit ihren Angriffen im Roten Meer wie auch im Golf von Aden globale Handelsrouten beeinträchtigen.

Die eurasischen Autokratien Russland, China, Nordkorea und Iran arbeiten seit 2022 wirtschaftlich, politisch und teilweise militärisch enger zusammen. Eine Serie von Gipfeltreffen und bilateralen Abkommen hat 2024 ihre Konvergenz nochmals verstärkt. Sie wollen die in ihren Augen westlich geprägte internationale Ordnung revidieren und stellen die globale Vormachtstellung der USA in Frage. Ihre Zusammenarbeit ist aber auch von internen Spannungen und unterschiedlichen Interessen durchzogen und erfolgt vor allem auf jeweils bilateraler Ebene. Die engere Zusammenarbeit dieser Akteure erhöht dennoch die Wahrscheinlichkeit zukünftiger gleichzeitiger regionaler Krisen grösserer Dimension. Ein solches Szenario droht die USA derzeit militärisch zu überfordern.

Russland hat seine hybride Konfliktführung in EU- und Nato-Staaten eskaliert und insbesondere Sabotageaktivitäten intensiviert. Es nimmt dabei Kollateralschäden und zivile Opfer bewusst in Kauf. Ein Beispiel für die tiefere Hemmschwelle Russlands sind per Luftfracht verschickte Brandsätze. Diese bedrohten die zivile Luftfahrt. Zentral bei der hybriden Konfliktführung ist, bewusst möglichst lange unterhalb der Schwelle zum bewaffneten Konflikt Ambiguitäten und Unsicherheiten zu schaffen. Trotzdem bringt Russlands Schattenkrieg in Europa erhebliche Eskalationsrisiken mit sich, darunter auch ein Übergreifen auf eine weitere Operationssphäre wie etwa den Weltraum.

Die jüngste militärische Eskalation zwischen Indien und Pakistan im Mai 2025 illustriert die instabile Lage in Südasien. Die Interessengegensätze der beiden Mächte sind nicht ausgeglichen und können jederzeit ohne Vorwarnung in militärische Konflikte eskalieren. Zwar sind beide Staaten auch in der Deeskalation solcher Krisen erfahren. Ein militärischer Schlagabtausch zwischen Nuklearmächten birgt dennoch immer beträchtliche Risiken.

Präsident Trumps Rückkehr ins Weisse Haus erhöht die Unvorhersehbarkeit der amerikanischen Politik – auch im Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik. Die USA bleiben zwar global die führende Macht, sind jedoch mit innenpolitischer Instabilität konfrontiert. Präsident Trumps selektive, transaktionale und häufig unilaterale Politik verschärft die globale Verunsicherung und Unsicherheit.

Wie gross das Transformationspotenzial der erneuten Präsidentschaft Donald Trumps für das globale und transatlantische Sicherheitsgefüge ist, wird sich erst zeigen. Noch ist ungewiss, in welchem Ausmass und wie die USA künftig als globale Ordnungsmacht agieren und für die Sicherheit Europas einstehen wollen und können (siehe Box „Zwei Sphären: Die USA und die künftige Ordnung der Welt"). Die meisten europäischen Staaten verstärken auch deshalb ihre verteidigungspolitischen Anstrengungen, doch gibt es in Europa keine einheitliche Position für den künftigen Umgang mit Russland.

Die Schweiz ist von EU- und Nato-Staaten umgeben, deren Stabilität und sicherheitspolitisches Engagement auch sie schützen. Das in Bewegung geratene sicherheitspolitische Umfeld könnte künftig weniger Schutz bieten. Zudem gibt es in der Schweiz viele kritische Infrastrukturen, von denen auch zahlreiche EU- und Nato-Staaten abhängen. Eine intensivierte hybride Konfliktführung könnte auf diese Staaten zielen, indem Infrastrukturen in der Schweiz angegriffen werden, die für sie von kritischer Bedeutung sind.

Wichtigster globaler strategischer Trend bleibt die Rivalität zwischen den USA und China. Wie diese beiden Grossmächte ihre antagonistischen Interessen durchzusetzen versuchen, wird die globale Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren tiefgehend prägen. Der Kampf um technologische Vorherrschaft heizt sich auf, bei Hyperschall- und Cyberwaffen oder künstlicher Intelligenz und Quantencomputing. Diese Technologien sind ein Schlüssel dazu, eine neue Weltordnung entscheidend prägen zu können. Die Schweiz als bedeutende Innovationsstätte für Technologien von strategischer Bedeutung steht international unter enormem Druck.

ZWEI SPHÄREN: DIE USA UND DIE KÜNFTIGE ORDNUNG DER WELT

In „Sicherheit Schweiz 2024“ hat der NDB festgehalten: „Mit dem Schwinden einer von den USA dominierten Phase zeigen sich Hinweise auf die Entwicklung hin zu einer neuen Weltordnung: Seit mehreren Jahren dominiert der globale strategische Trend der Herausbildung von zwei Sphären, die allenfalls später zur Blockbildung führen könnte: Auf der einen Seite freiheitlich-demokratisch verfasste Staaten, einschliesslich Japan, Südkorea, Australien; auf der anderen Seite China, Russland und andere autoritäre Staaten wie Nordkorea und Iran.“ Der NDB hat gleichzeitig darauf hingewiesen, dass ambitionierte Regionalmächte von keiner Seite abhängig sein wollen und dass die sich abzeichnende globale Ordnung entsprechend „fluid und noch wenig strukturiert“ ist.

Der markante Wandel der aussen- und sicherheitspolitischen Positionierung der USA unter Präsident Trump und die signifikante Zunahme der Spannungen in der Atlantischen Allianz machen das Bild von «zwei Sphären» nicht obsolet, aber komplexer und damit schwieriger zu verstehen. Die Grossmächterivalität zwischen den USA und China bleibt der dominante globale strategische Trend der nächsten Jahre. Die USA sehen weiterhin die Kooperation zwischen China, Russland, Nordkorea und Iran als Element der Bedrohung. Diese Staaten finden sich ihrerseits in ihrer antiwestlichen Ausrichtung. Damit besteht der erwähnte Trend zur Bildung zweier Sphären fort. Sie werden sich voraussichtlich weiter voneinander abkoppeln, wirtschaftlich und insbesondere bei den Zukunftstechnologien und ihren sicherheitsrelevanten, insbesondere militärischen Anwendungen. Dieser Trend wird stärker durch gemeinsame Interessen, weniger offensichtlich durch Werte in der jeweiligen Sphäre getrieben sein.

Die Kohäsion der westlichen Sphäre unter der Führung der USA hat zuletzt gelitten. Die Atlantische Allianz ist aber nicht zwingend am Ende. Die US-Verteidigungsplaner sehen Allianzen und Bündnispartner weiterhin als

wichtige Bausteine amerikanischer globaler Sicherheit. Die Prioritäten sollen allerdings, teils drastisch, neu geordnet werden. Die USA werden absehbar die Hauptverantwortung für die Abschreckung und Verteidigung in Europa an ihre europäischen Verbündeten abtreten und ihre Militärpräsenz nach Asien-Pazifik verlagern, um sich auf China zu konzentrieren. Dies wird Europa stark fordern, ressourcenmässig wie auch organisatorisch. Die USA scheinen aber weiter bereit, ihren Nuklearschirm über Europa („extended deterrence") aufrechtzuerhalten. Die Nato findet zudem im US-Kongress, auch unter Republikanern, sowie in der Bevölkerung der USA nach wie vor mehrheitlich Unterstützung. Offen bleibt allerdings, ob sicherheits- beziehungsweise verteidigungspolitische Interessen letztlich die amerikanischen Aussenbeziehungen massgeblich bestimmen werden. Angesichts zumindest vorläufig stark konkurrierender Interessen in der Administration ist damit zu rechnen, dass Allianzen und Bündnisse auch weiterhin immer wieder in Frage gestellt werden.

In Europa ist grosse Verunsicherung über die künftige Rolle der USA für die europäische Sicherheit spürbar, weil Europa noch von entscheidenden militärischen Fähigkeiten der USA abhängig ist. Die USA werden aber wohl die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen auch unter Präsident Trump nicht komplett aufgeben. Der atlantische Rahmen dient ihnen zur Sicherung eigener Interessen. US-Stützpunkte in Europa sind ein Hub für aussereuropäische Einsätze der USA. Ein radikaler Rückzug aus Europa ohne Kompensation durch europäische Fähigkeiten würde geopolitische Risiken erhöhen, Instabilitäten fördern und Europa allenfalls sogar näher an China rücken lassen. Eine strategisch autonome EU-Verteidigung bleibt auf mindestens fünf Jahre hinaus unrealistisch und wäre wohl auch nicht im Interesse der USA. Wahrscheinlicher als das Ende der Nato erscheint deshalb ein fairerer Lastenausgleich zwischen den USA und Europa, ohne dass Kerninteressen der USA geopfert werden.

USA: NATIONALISTISCHE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

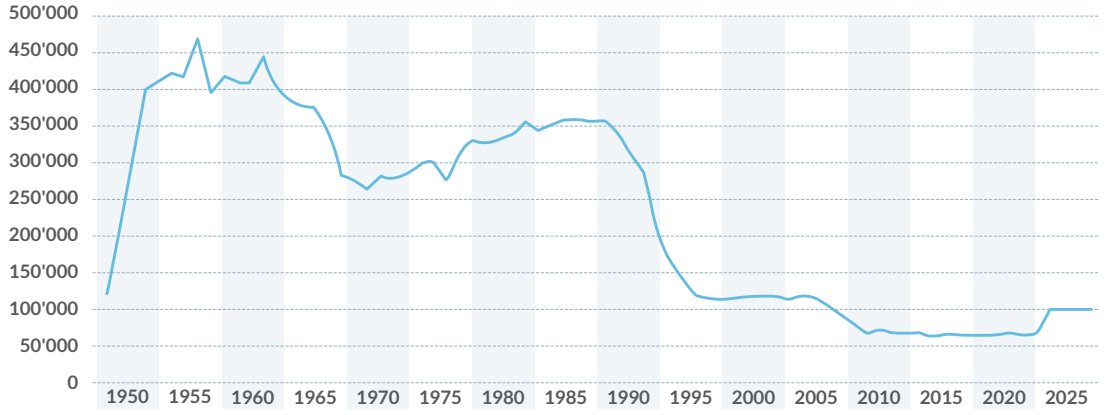
Die unipolare Vorherrschaft der USA in der Weltpolitik erodiert seit Anfang des 21. Jahrhunderts. Die heutige Welt wird von Unsicherheit geprägt, auch wenn die USA vorderhand die führende globale Macht bleiben. Die von den USA geprägte liberale internationale Ordnung wird jedoch von revisionistischen Grossmächten wie Russland und China wie auch von Regionalmächten herausgefordert. Aber auch Präsident Trump lehnt den Status quo der internationalen Ordnung ab und zeigt sich kritisch gegenüber traditionellen Allianzen und Institutionen. Er weist die bisherige Rolle der USA als Sicherheitsgarant für Europa zurück.

Präsident Trumps Aussen- und Sicherheitspolitik unter dem Slogan „America First" lässt sich am besten als nationalistisch beschreiben. Neu ist dieser Ansatz nicht, er wurde jedoch im Kalten Krieg und danach stark marginalisiert. Er soll laut den Trump-Republikanern die überparteiliche und seit 1945 dominante Denkschule des liberalen Internationalismus ablösen. Die USA sollen heute kein Weltpolizist mehr sein, sondern ihre nationalen Sicherheitsinteressen enger und vor allem auf die strategische Rivalität mit China und Asien fokussieren. Aussen- und sicherheitspolitisch besteht grosse Skepsis gegenüber kollektiver Sicherheit und Multilateralismus.

Die stark polarisierte und volatile Innenpolitik macht die amerikanische Aussen- und Sicherheitspolitik zunehmend unberechenbar. Präsident Trumps Prioritäten liegen in seiner zweiten Amtszeit auf innenpolitischen Themen, vor allem bei Justiz, Immigration und Handel, seinen Hauptthemen im Wahlkampf. In den ersten Monaten trat er wie erwartet radikaler und disruptiver auf als in seiner ersten Amtszeit.

US-Militärpräsenz in Europa

US-Militärpersonal im Aktivdienst, 1950–2025



Datengrundlage: US-Militärpersonal im Aktivdienst, 1950-2025, CSIS BRIEFS, Deterring Russia U.S. Military Posture in Europe, January 2025

Die erhöhte Unberechenbarkeit der USA unter Präsident Trump wirkt per se global destabilisierend. Die nationalen Sicherheitsinteressen der USA werden sich voraussichtlich weiter verengen. Präsident Trump kehrt in der Aussen- und Sicherheitspolitik zum Transaktionalismus seiner ersten Amtszeit zurück. Nullsummendenken und Konfrontation werden sie prägen statt Multilateralismus und Kooperation. Die liberale Weltordnung gerät damit auch von Seiten der USA unter Druck.

Die USA werden vor allem auf China als ihren strategischen Rivalen fokussieren. Europa wird bei der transatlantischen Aufgabenteilung künftig eine grössere Last tragen müssen. Es ist, wie bereits von 2017 bis 2021, mit ernsthaften Spannungen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten zu rechnen, die selbst die Zukunft der Nato in Frage stellen könnten. Es bleibt zwar verfassungsrechtlich umstritten, ob ein US-Präsident einen internationalen Vertrag ohne Zustimmung des Senats oder des Kongresses kündigen darf. Ein formeller Austritt der USA aus der Nato erscheint unwahrscheinlich. Präsident Trump stellt jedoch zumindest rhetorisch die transatlantische Verteidigungsallianz insgesamt in Frage, weil seine Administration Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Beistandsklausel (Artikel 5) und des amerikanischen Nuklearschirms aufkommen lässt. Er will die amerikanische Truppenpräsenz in Europa reduzieren, womöglich signifikant. Dies würde die 2022 aktualisierte Nato-Strategie gegen Russland in Frage stellen, laut der die Abschreckung und Verteidigung auf verstärkter Vorneverteidigung und erhöhter Truppenpräsenz an der Ostflanke beruht. Grundlagenpapiere für die in Ausarbeitung befindliche US-Verteidigungsstrategie halten am amerikanischen Allianzsystem fest, zielen allerdings auf eine drastische Übernahme der Verantwortung für die eigene Verteidigung durch die europäischen Verbündeten. Insgesamt ist die amerikanische Sicherheitspolitik aber noch wenig ausgereift und bleibt widersprüchlich. Eine umsetzbare „Grand Strategy" ist noch nicht erkennbar (siehe Box „Zwei Sphären: Die USA und die künftige Ordnung der Welt").

Präsident Trump hat wiederholt erklärt, dass er den Krieg gegen die Ukraine möglichst rasch beenden will. Die Stolpersteine auf dem Weg zu einer (fragilen) Waffenruhe im Krieg gegen die Ukraine oder gar einem nachhaltigen Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine bleiben aber gross. Der Dialog mit Russland birgt zudem für die Administration selbst bündnis- und innenpolitische Risiken. Präsident Trump möchte die amerikanische Unterstützung für die Ukraine zwar grundsätzlich reduzieren beziehungsweise die Hilfe grösstenteils den Europäern überlassen; er hat aber gleichzeitig kein Interesse an einer russischen Dominanz in Europa.

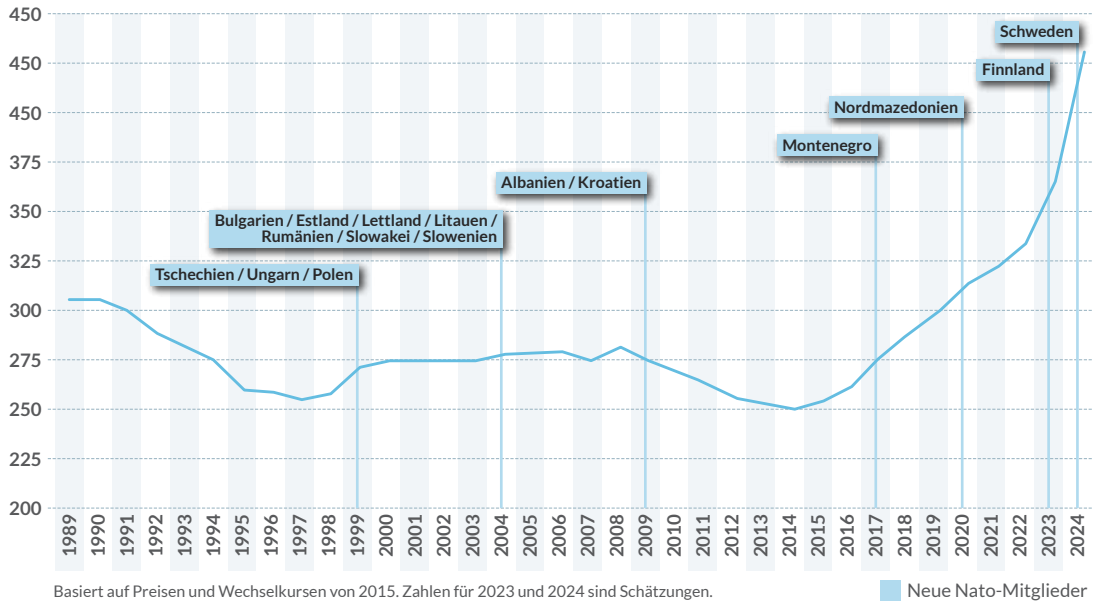
EUROPA: VOR EINEM ALBTRAUMSZENARIO?

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Sicherheitsordnung in Europa erschüttert. Europa steht vor der grössten geopolitischen Herausforderung seit dem Ende des Kalten Kriegs. Präsident Wladimir Putin hat europäischen Staaten nuklear gedroht und führt längst hybride Angriffe in Europa. Russland versucht auch, Wahlen in europäischen Staaten zu beeinflussen, darunter in Moldova, Georgien oder Rumänien.

Die EU-Staaten haben mit der Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben sowie massiver Unterstützung der Ukraine, auch mit Militärhilfe, auf die strategische Zäsur von 2022 reagiert. Hatten 2021 nur fünf europäische Nato-Staaten die Zielvorgabe von zwei Prozent BIP für Verteidigung erreicht, so waren es 2024 geschätzt bereits 22. Gleichzeitig hat der Krieg gegen die Ukraine aber deutlich gemacht, wie stark die europäischen Staaten nach wie vor sicherheitspolitisch von den USA abhängig sind und auf Jahre hinaus auch bleiben werden. Sollte Präsident Trump die militärische Präsenz der USA in Europa signifikant reduzieren und die Bündnisverpflichtung nicht bestätigen, droht daher bis mindestens Ende dieses Jahrzehnts wegen fehlender militärischer und nachrichtendienstlicher Schlüsselfähigkeiten eine Sicherheitslücke in Europa. Diese droht Zentral- und Osteuropa gegenüber russischer Aggression zu exponieren.

Verteidigungsausgaben der Nato (ohne USA)

Angaben in Milliarden US-Dollar



Basiert auf Preisen und Wechselkursen von 2015. Zahlen für 2023 und 2024 sind Schätzungen.

Neue Nato-Mitglieder

Datengrundlage: Verteidigungsausgaben der Nato-Staaten (2014-2024), Nato Public Diplomacy Division, Press Release, 12. Juni 2024

Die Rückkehr der USA zu einer America-First-Politik stellt trotz potenziell düsterer Aussichten für die europäische Sicherheit zumindest theoretisch auch eine Chance dar. Die EU kann ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter vertiefen und in diesem Bereich autonomer agieren, über laufende „Koalitionen von Willigen" einzelner Staaten hinaus. Bereits wenige Wochen nach Donald Trumps Amtsantritt haben sich im Kontext seines Dialogs mit Russland die Debatten in Europa über einen „dritten Pol", den die EU neben den USA und China bilden müsse, intensiviert. Auch die Diskussionen über eine autonome EU-Nuklearstreitkraft haben Fahrt aufgenommen.

Allerdings könnten die europäischen Staaten den Verlust des amerikanischen Engagements nicht innert weniger Jahre kompensieren. Ihre Bemühungen zur Stärkung militärischer und nachrichtendienstlicher Fähigkeiten werden dazu nicht schnell genug sein. Die militärische Handlungsfähigkeit der EU bleibt ungewiss, trotz den Entwicklungen in den letzten Jahren. Es bestehen weiter finanzielle und politische Herausforderungen. Europäische Sicherheit und Verteidigung bleiben vorderhand verwundbar. Letztlich bleibt die Atlantische Allianz aber für beide Seiten nützlich, da auch die USA im Grossmachtringen mit China von ihren europäischen Verbündeten profitieren.

Auch eine rein europäische, multinationale Nuklearstreitkraft bleibt auf Jahre hinaus eine Vision. Vorderhand sind nur die britischen, nicht aber die französischen Nuklearwaffen militärisch in die Nato integriert. Eine Neuverhandlung des amerikanischen Nuklearschirms über Europa könnte Staaten wie Deutschland, Belgien und Italien von der nuklearen Teilhabe ausschliessen, während solche mit höheren Verteidigungsausgaben, darunter Polen, neu daran teilnehmen könnten. Auch die Verlegung von Hauptquartieren der Nato ist möglich. Generell verschiebt sich seit Jahren der Schwerpunkt europäischer Verteidigung gegen Russland nach Osten.

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Für Präsident Putin hat der Krieg gegen die Ukraine höchste Priorität. Russland ist überzeugt, dass es den Krieg zumindest 2025 mit der aktuellen Intensität weiterführen kann, und Präsident Putin ist entschlossen, die Ukraine fest in den russischen Herrschaftsbereich zu integrieren.

2024 war Russland der dominante Akteur auf dem Gefechtsfeld in der Ukraine und eroberte weitere rund 3500 Quadratkilometer. Das ist weit weniger als ein Prozent des ukrainischen Territoriums. Ein überraschender ukrainischer Vorstoss in die russische Oblast Kursk, bei dem im August 2024 rund 1000 Quadratkilometer erobert wurden, ist nach acht Monaten weitestgehend zurückgedrängt worden. Die militärische Lage für die Ukraine bleibt äusserst schwierig und der Abnutzungsgrad ihrer Streitkräfte hoch.

Russland weitete die internationale Dimension seines Kriegs gegen die Ukraine im Oktober 2024 mit dem Einsatz nordkoreanischer Soldaten aus. Die USA und andere westliche Verbündete der Ukraine reagierten im November 2024 unter anderem damit, dass sie der Ukraine erlaubten, westliche Abstandswaffen wie die amerikanische Kurzstreckenlenkwaffe Atacms gegen militärische Ziele auf völkerrechtlich anerkanntem russischem Territorium einzusetzen. Damit können Angriffe auf Logistikinfrastruktur, Führungseinrichtungen und Truppenansammlungen in Gebieten erfolgen, in denen sie zuvor mit ukrainischen Systemen nur ungenügend bekämpft werden konnten.

Übersicht über die Gebietskontrolle im Krieg gegen die Ukraine

Präsident Putin reagierte auf erste Atacms-Angriffe auf Russland mit dem nicht-nuklearen Einsatz einer neuen ballistischen Mittelstreckenlenkwaffe namens Oreschnik („Haselstrauch“) auf ein militärisches Ziel in der ukrainischen Stadt Dnipro. Im November 2024 verabschiedete Russland eine neue Nukleardoktrin. Darin weitet Russland seinen nuklearen Schirm explizit auf Belarus aus. Weiter werde Russland neu jeden Angriff eines nicht nuklear bewaffneten Staats, der von einem nuklear bewaffneten Staat unterstützt wird, als gemeinsamen Angriff beider Staaten bewerten. Nuklearwaffen als Machtmittel haben seit 2022 eine seit dem Kalten Krieg nicht mehr gesehene Bedeutung. Die meisten Nuklearmächte rüsten ihre nuklearen Arsenale auf. Die Anreize für nukleare Proliferation steigen in verschiedenen Weltregionen. Nebst westlichen Staaten haben auch China und Indien Russland davor gewarnt, erstmals seit 1945 das nukleare Tabu zu brechen.

Russland ist derzeit militärisch nicht unter Druck, sich auf die von den USA forciert verfolgte Waffenruhe oder Friedensverhandlungen mit der Ukraine einzulassen, obschon die USA in den direkten Gesprächen mit Russland zunächst andeuteten, viele Zugeständnisse zu machen. Ein nachhaltiges Friedensabkommen bleibt 2025 unwahrscheinlich. Eine Waffenruhe als diplomatische Zwischenlösung erscheint jedoch möglich. Sie wäre für Russland eine taktische Pause, um sein militärisches Potenzial weiter auszubauen. Eine solche Waffenruhe wäre fragil und könnte von Russland oder der Ukraine rasch wieder gebrochen werden. Das Grundszenario bleibt damit die Fortsetzung des Kriegs, allenfalls in weniger intensiver Form als in den letzten drei Jahren beziehungsweise als eingefrorener Konflikt.

Die Kriegsführung der Ukraine bleibt trotz massivem Ausbau ihrer Rüstungsindustrie existenziell von westlicher Finanz- und Militärhilfe abhängig. Die europäischen Staaten signalisierten 2025 als Antwort auf die neue amerikanische Politik ein stärkeres Bekenntnis zur Unterstützung der Ukraine. Es bleibt aber fraglich, wie rasch und wie vollständig die EU und andere Unterstützerstaaten die amerikanische Militärhilfe an die Ukraine kompensieren könnten, gerade bei der Luftverteidigung oder der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit. Die ukrainischen Streitkräfte bleiben in der Defensive. Mit der intensivierten Nutzung unbemannter Waffensysteme wie Drohnen verhindern sie rasche russische Vorstösse. Aber Gebietsverluste und Desertationen werden zunehmen. Es mangelt an Personal, und das Personal bleibt überaltert. Dennoch ist ein grossräumiger Zusammenbruch der ukrainischen Verteidigung 2025 unwahrscheinlich.

RUSSLAND

Im Mai 2024 trat Wladimir Putin seine fünfte Amtszeit als russischer Präsident an. Seine Position ist derzeit in Russland unumstritten, sowohl bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten als auch in der Bevölkerung. Eine nennenswerte innenpolitische Opposition gegen ihn ist nicht mehr zu erkennen.

Höchste Priorität hat für Präsident Putin der Krieg gegen die Ukraine. Wie sein Vorbild Zarin Katharina die Grosse will er die Ukraine fest in den russischen Herrschaftsbereich integrieren und Belarus in seinem Einflussbereich halten.

Russland versucht seit mehreren Jahren, mit militärischer Aggression und hybriden Angriffen geopolitische Machtverhältnisse zu verschieben und das internationale System zu revidieren. Zu Präsident Putins selbstauferlegter historischer Mission zählt auch die grundlegende Umgestaltung der europäischen Sicherheitsordnung. Russland strebt nach der Wiederherstellung seiner Einflusssphäre in Osteuropa, wie Präsident Putin in seinen beiden Ultimaten an die USA und die Nato im Dezember 2021 klar gemacht hat. Damals forderte Russland die Rückabwicklung der Nato-Osterweiterung auf den Stand von 1997.

Trotz dem Abnutzungskrieg in der Ukraine stehen Russland genügend Ressourcen zur Verfügung, um die konventionelle Aufrüstung weiter voranzutreiben. Für 2024 wurde ein BIP-Wachstum von 4,3 Prozent registriert, vor allem auch dank hoher staatlicher Ausgaben für die Rüstungsindustrie, von der auch deren Zulieferbetriebe stark profitieren. 2024 sind die Rüstungsausgaben in Russland wiederum stark gestiegen. Hohe Staatsausgaben und Bonuszahlungen für Soldaten heizten die Inflation 2024 auf über neun Prozent an.

Die grundsätzlich angespannte Lage und die unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich der Sicherheitsordnung in Europa blieben auch nach einer Waffenruhe in der Ukraine oder einem Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine bestehen. Denn Russland zielt über die Ukraine hinaus strategisch auf die Wiedererlangung seines vormaligen Status als imperiale Grossmacht. Bedroht sind dabei vor allem Moldova und die baltischen Staaten.

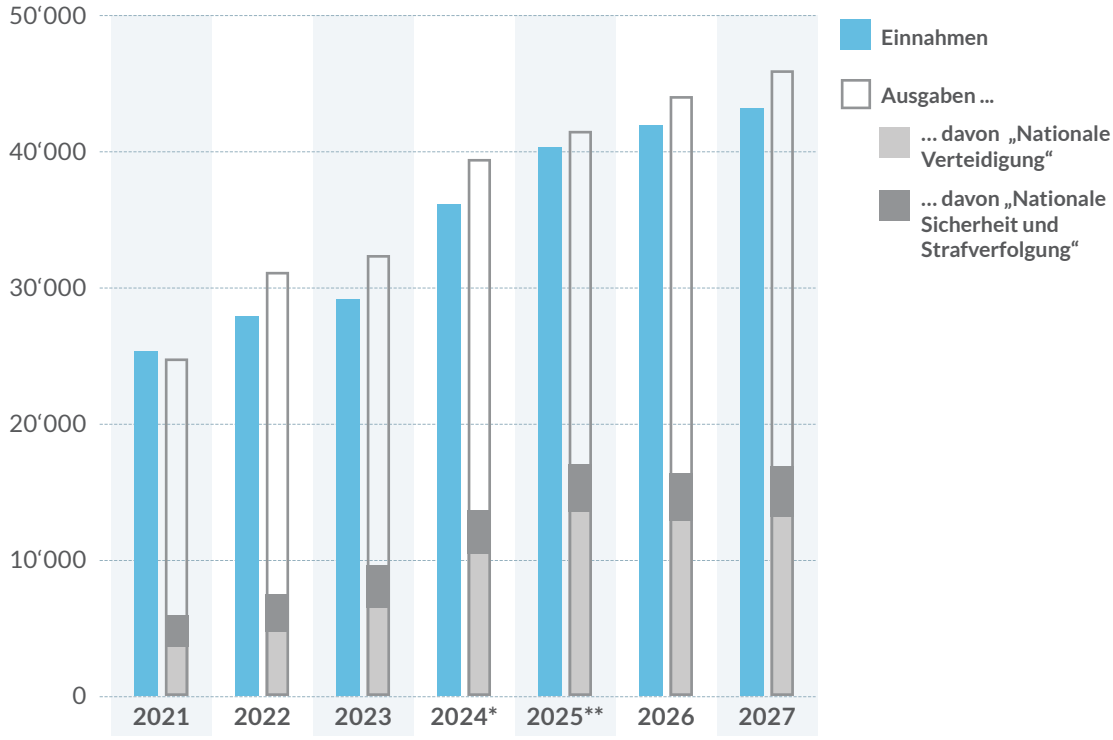
Über eine Rekonstitution der im Krieg gegen die Ukraine erlittenen Verluste hinaus plant Russland einen drastischen Ausbau seines militärischen Potenzials. 2025 könnte sich die Wirtschaft leicht abkühlen und das BIP-Wachstum dürfte 2025 aufgrund der Geldpolitik der russischen Zentralbank bestenfalls bei 2,5 Prozent liegen. Finanziell und personell kann Russland den Krieg gegen die Ukraine 2025 weiterführen. In der Elite gibt es keine einflussreichen Gegner des Kriegs. Russland hat damit vorderhand den Willen und die Fähigkeit, den Krieg gegen die Ukraine fortzusetzen.

Russland rüstet seinen militärisch-industriellen Komplex auf, baut seine Verbindungen zu Staaten wie China, Nordkorea oder Iran aus und verstärkt sein Streitkräftedispositiv primär in der strategischen Richtung West. Es bleibt daher über die Ukraine hinaus eine sicherheitspolitische Bedrohung für Europa. Solange der Krieg gegen die Ukraine mit hoher Intensität fortgeführt wird, reicht das militärische Potenzial der russischen Streitkräfte jedoch nicht aus, um die Nato direkt konventionell herauszufordern. Eine Waffenruhe oder ein Friedensschluss würden demnach die Bedrohung neben Moldova und Georgien auch für die osteuropäischen Nato-Mitglieder erhöhen.

Ob sich Russland eine günstige Gelegenheit für eine weitere militärische Konfrontation in Osteuropa bietet, hängt insbesondere von der Glaubwürdigkeit der Abschreckung durch die Nato und damit insbesondere von den USA ab. So könnte Präsident Putin in einem ersten Schritt mit einer Eskalation hybrider Operationen im Baltikum die Glaubwürdigkeit von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags testen. Sollten die westlichen Staaten und insbesondere die USA mit Präsident Trump nicht hinreichend reagieren, könnte Russland einen baltischen Staat angreifen. Nach einer Waffenruhe oder einem Friedensschluss mit der Ukraine bleibt das Risiko für einen erneuten russischen Angriff auf die Ukraine hoch, da eine ukrainische Nato-Mitgliedschaft für die nächsten Jahre äusserst unwahrscheinlich ist und die westlichen Sicherheitsgarantien für die Ukraine deshalb explizit schwächer sein werden als für Nato-Mitglieder. Präsident Putin wird der Ukraine weiterhin das Recht auf Eigenstaatlichkeit absprechen.

Einnahmen und Ausgaben im russischen Budget

Angaben in Milliarden Rubel



** Angaben zu „Nationale Verteidigung“ und „Nationale Sicherheit und Strafverfolgung“ gemäss Budgetplan 2024–2026*

*** alle Angaben ab 2025 aus Budgetplanung 2025–2027*

NDB

CHINA

Die strategische Rivalität zwischen China und den USA verstärkt sich. China fördert seine multipolare Vision der Weltordnung, auch auf Kosten liberaler Werte und Normen. Es nutzt den Umbruch der internationalen Ordnung zur Stärkung seines Einflusses insbesondere auf Staaten des globalen Südens, etwa über zwischenstaatliche Vereinigungen wie die Brics. Es arbeitet daran, diese Staaten wirtschaftlich an sich zu binden, indem es zum Beispiel bei Infrastrukturen und systemisch oder normierend bei Technologien Abhängigkeiten schafft.

Russland bleibt ein strategischer Partner Chinas. China trägt ökonomisch und mit Dual-use-Gütern essenziell zum Krieg gegen die Ukraine bei. Es versucht auch damit, das Kräfteverhältnis gegenüber den westlichen Staaten zu verändern. Gegenüber westlichen Staaten zeigt sich China aus Eigeninteresse kooperativ. In einigen Bereichen wird sein Handlungsspielraum jedoch kleiner, weil insbesondere die USA den Schutz des eigenen Wissens und der eigenen Märkte verstärken. Damit steigt der Druck auf die chinesische Wirtschaft, die bereits von einem verlangsamten Wachstum betroffen ist.

Zwischen China und Europa bestehen politische und wirtschaftliche Spannungen, doch sind die Akteure gewillt, Dialog und Handel aufrechtzuerhalten. In Europa ist die Unterstützung Chinas für Russland Anlass zur Sorge. Wirtschaftlich kritisiert die EU die Wettbewerbsungleichheit zwischen China und Europa, da China den Marktzugang für europäische Unternehmen einschränkt und die eigene Industrie massgeblich subventioniert. Deshalb hat die EU im November 2024 zusätzliche Zölle auf gewisse chinesische Elektrofahrzeuge beschlossen und die Investitionskontrolle weiter verschärft. Die europäischen Staaten sind sich aber über die Risiken einer zu starken Vernetzung mit China uneins. Während Deutschland keine chinesischen

Die Präsidenten Xi Jinping und Wladimir Putin an der Militärparade vom 9. Mai, Moskau, 9. Mai 2025

Abbildung 3

Kernkomponenten in seinem Telekommunikationsnetzwerk erlaubt, sind die Energie- und Kommunikationssysteme Ungarns von chinesischer Technologie abhängig. China nutzt solche politischen Differenzen, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Gerade in der Region Asien-Pazifik zeigt sich die strategische Rivalität zwischen China und den USA. Sie ist hier insbesondere für Taiwan, die Philippinen und Japan spürbar und fordert diese sicherheitspolitisch heraus. China treibt die Modernisierung und den Ausbau seiner Streitkräfte, einschliesslich der Nuklearwaffen, voran. Auf der anderen Seite konsolidieren die USA grundsätzlich ihr Bündnissystem und richten ihre Streitkräfte weiter auf die Region aus. Gleichzeitig führt widersprüchliches Verhalten der Trump-Administration zu einer gewissen Unsicherheit hinsichtlich der Beständigkeit dieser Ausrichtung. Auch das europäische Interesse und Engagement in Asien-Pazifik nimmt stetig zu.

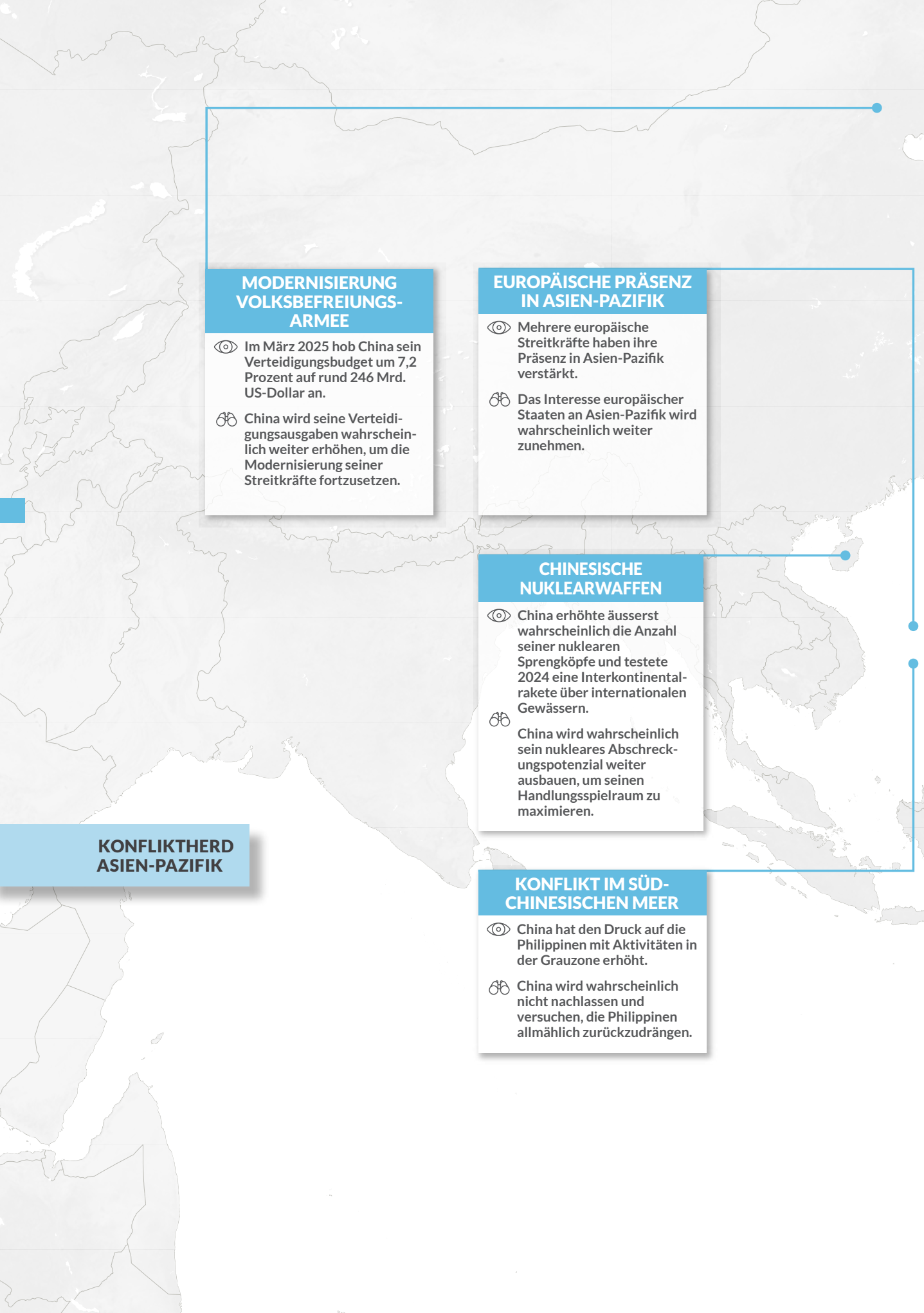
China erhöht den Druck auf Taiwan. So führte die Volksbefreiungsarmee 2024 mehrmals grössere Übungen um Taiwan durch. Die Luftwaffe erhöhte ihre Präsenz um die Insel, und China steigerte seine maritimen Aktivitäten um Taiwan. Es arbeitet an militärischen Optionen, obwohl es Taiwan wenn möglich ohne Krieg eingliedern will.

Wahrscheinlich wird die Rivalität zwischen den USA und China zunehmen und zu neuen Konflikten führen. Sektorielle Kompromisse bleiben jedoch möglich. China wird seine Politik fortsetzen und damit insbesondere die USA, aber auch andere westliche Staaten herausfordern. Es wird in seine Wirtschaft, insbesondere in seine wissenschaftliche und technologische Entwicklung investieren. Anhaltende massive Zölle der USA würden allerdings das nationale Wirtschaftswachstum schwer treffen. Sie würden den Zugang zu einem wichtigen Absatzmarkt und einen zentralen Zugang zu Technologie einschränken. Damit würden sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen stark verschlechtern.

China wird seine strategische Zusammenarbeit mit Russland fortführen und dieses im Wesentlichen in seiner Haltung gegenüber der Ukraine unterstützen. China wird wahrscheinlich auch seine Präsenz und Aktivitäten in den UNO-Organisationen verstärken.

Angesichts der Erwartungen hinsichtlich der chinesisch-amerikanischen Beziehungen wird Europa für China 2025 als Forschungs- und Wirtschaftsstandort wichtiger werden. Dadurch steigt das Risiko, dass kritisches Know-how auch durch Spionage nach China abfliesst. Wirtschaftssicherheit wird ein zentrales Thema der europäisch-chinesischen Beziehungen bleiben, weil auch umgekehrt Abhängigkeiten bestehen. So spielt China bei der Produktion von Systemen für erneuerbare Energie eine herausragende Rolle. Es kontrolliert die Gewinnung und Verarbeitung der dafür essenziellen kritischen Rohstoffe. Es könnte wie gegenüber den USA versuchen, Exportbeschränkungen als Machtmittel einzusetzen. Gleichzeitig wird China weiterhin versuchen, Divergenzen zwischen westlichen Staaten auszunutzen, um seinen politischen Einfluss auszuweiten.

In der Taiwanfrage will China wahrscheinlich keine Eskalation provozieren, die in einen Krieg mit den USA münden könnte. Es wird aber den Druck hochhalten. Taiwan ist ein Kerninteresse, das China im internationalen Rahmen vehement verteidigen wird. Taiwan wird die chinesischen Ansprüche und das Verhältnis zur Trump-Administration ausbalancieren müssen. Eine Verschärfung der Territorialkonflikte im Raum Asien-Pazifik hängt auch von den USA ab.



KONFLIKTHERD ASIEN-PAZIFIK

MODERNISIERUNG VOLKSBEFREIUNGS-ARMEE

- Im März 2025 hob China sein Verteidigungsbudget um 7,2 Prozent auf rund 246 Mrd. US-Dollar an.
- China wird seine Verteidigungsausgaben wahrscheinlich weiter erhöhen, um die Modernisierung seiner Streitkräfte fortzusetzen.

EUROPÄISCHE PRÄSENZ IN ASIEN-PAZIFIK

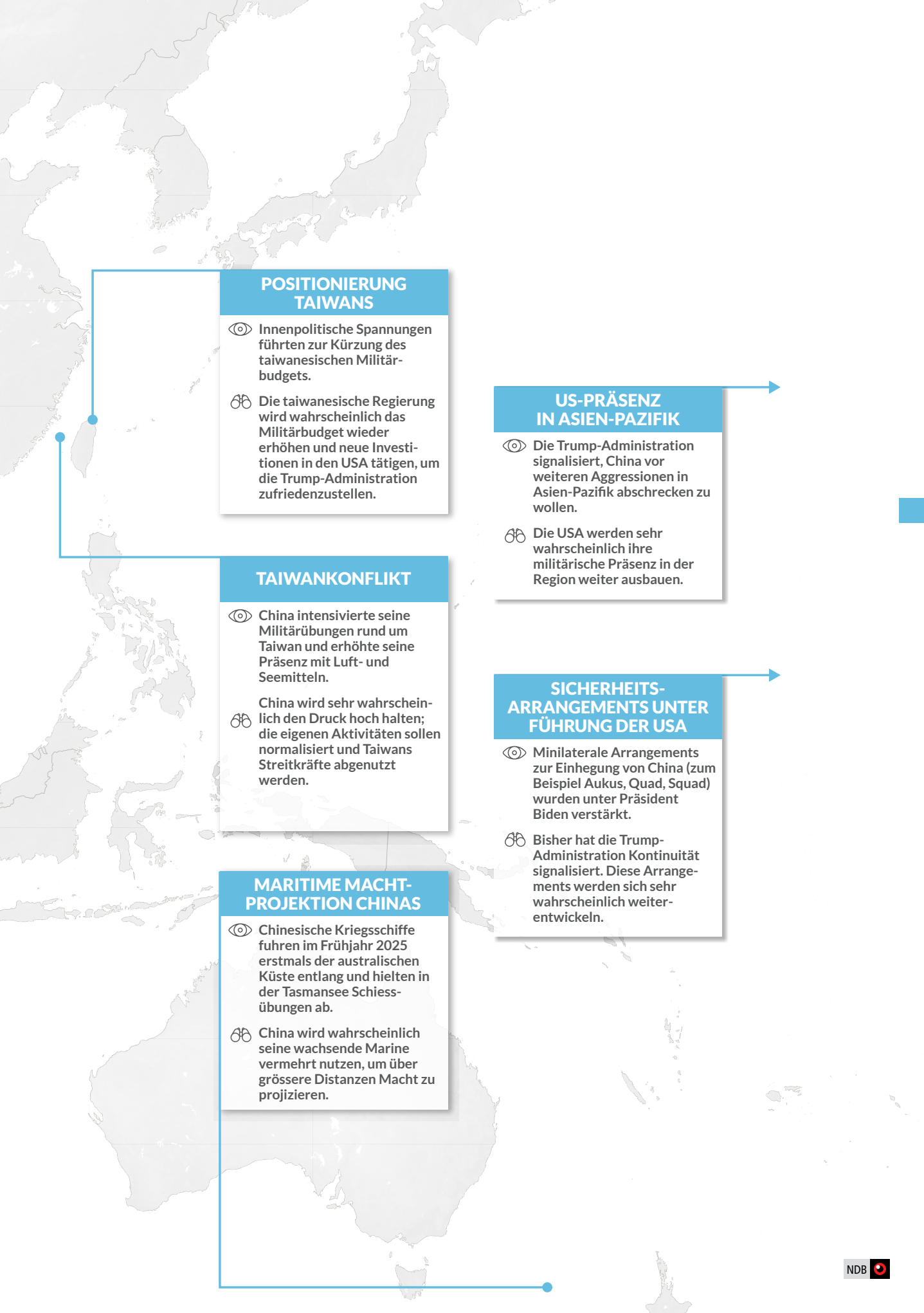
- Mehrere europäische Streitkräfte haben ihre Präsenz in Asien-Pazifik verstärkt.
- Das Interesse europäischer Staaten an Asien-Pazifik wird wahrscheinlich weiter zunehmen.

CHINESISCHE NUKLEARWAFFEN

- China erhöhte äusserst wahrscheinlich die Anzahl seiner nuklearen Sprengköpfe und testete 2024 eine Interkontinentalrakete über internationalen Gewässern.
- China wird wahrscheinlich sein nukleares Abschreckungspotenzial weiter ausbauen, um seinen Handlungsspielraum zu maximieren.

KONFLIKT IM SÜD-CHINESISCHEN MEER

- China hat den Druck auf die Philippinen mit Aktivitäten in der Grauzone erhöht.
- China wird wahrscheinlich nicht nachlassen und versuchen, die Philippinen allmählich zurückzudrängen.



POSITIONIERUNG TAIWANS

Innenpolitische Spannungen führten zur Kürzung des taiwanesischen Militärbudgets.

Die taiwanesische Regierung wird wahrscheinlich das Militärbudget wieder erhöhen und neue Investitionen in den USA tätigen, um die Trump-Administration zufriedenzustellen.

TAIWANKONFLIKT

China intensivierte seine Militärübungen rund um Taiwan und erhöhte seine Präsenz mit Luft- und Seemitteln.

China wird sehr wahrscheinlich den Druck hoch halten; die eigenen Aktivitäten sollen normalisiert und Taiwans Streitkräfte abgenutzt werden.

MARITIME MACHT-PROJEKTION CHINAS

Chinesische Kriegsschiffe fuhren im Frühjahr 2025 erstmals der australischen Küste entlang und hielten in der Tasmansee Schiessübungen ab.

China wird wahrscheinlich seine wachsende Marine vermehrt nutzen, um über grössere Distanzen Macht zu projizieren.

US-PRÄSENZ IN ASIEN-PAZIFIK

Die Trump-Administration signalisiert, China vor weiteren Aggressionen in Asien-Pazifik abschrecken zu wollen.

Die USA werden sehr wahrscheinlich ihre militärische Präsenz in der Region weiter ausbauen.

SICHERHEITS-ARRANGEMENTS UNTER FÜHRUNG DER USA

Minilaterale Arrangements zur Einhegung von China (zum Beispiel Aukus, Quad, Squad) wurden unter Präsident Biden verstärkt.

Bisher hat die Trump-Administration Kontinuität signalisiert. Diese Arrangements werden sich sehr wahrscheinlich weiterentwickeln.

NORDKOREA

Der Abschluss eines politischen und militärischen Bündnisses zwischen Russland und Nordkorea war 2024 eine bedeutende Entwicklung. Nordkorea ist damit aus seiner geopolitischen Isolation getreten. China sieht das Bündnis mit Beunruhigung, mindert es doch relativ den eigenen Einfluss auf die nordkoreanische Führung. Seit Oktober 2024 stellt Nordkorea mehrere tausend Soldaten für die russische Kriegsführung gegen die Ukraine. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass Russland seinerseits militärische Technologie zum Vorteil der nordkoreanischen Nuklear-, Trägermittel- und Satellitenprogramme teilt. In Rechnung zu stellen ist ferner, dass die neue Bündnisverpflichtung bei einem militärischen Konflikt mit Nordkorea Russland involvieren könnte.

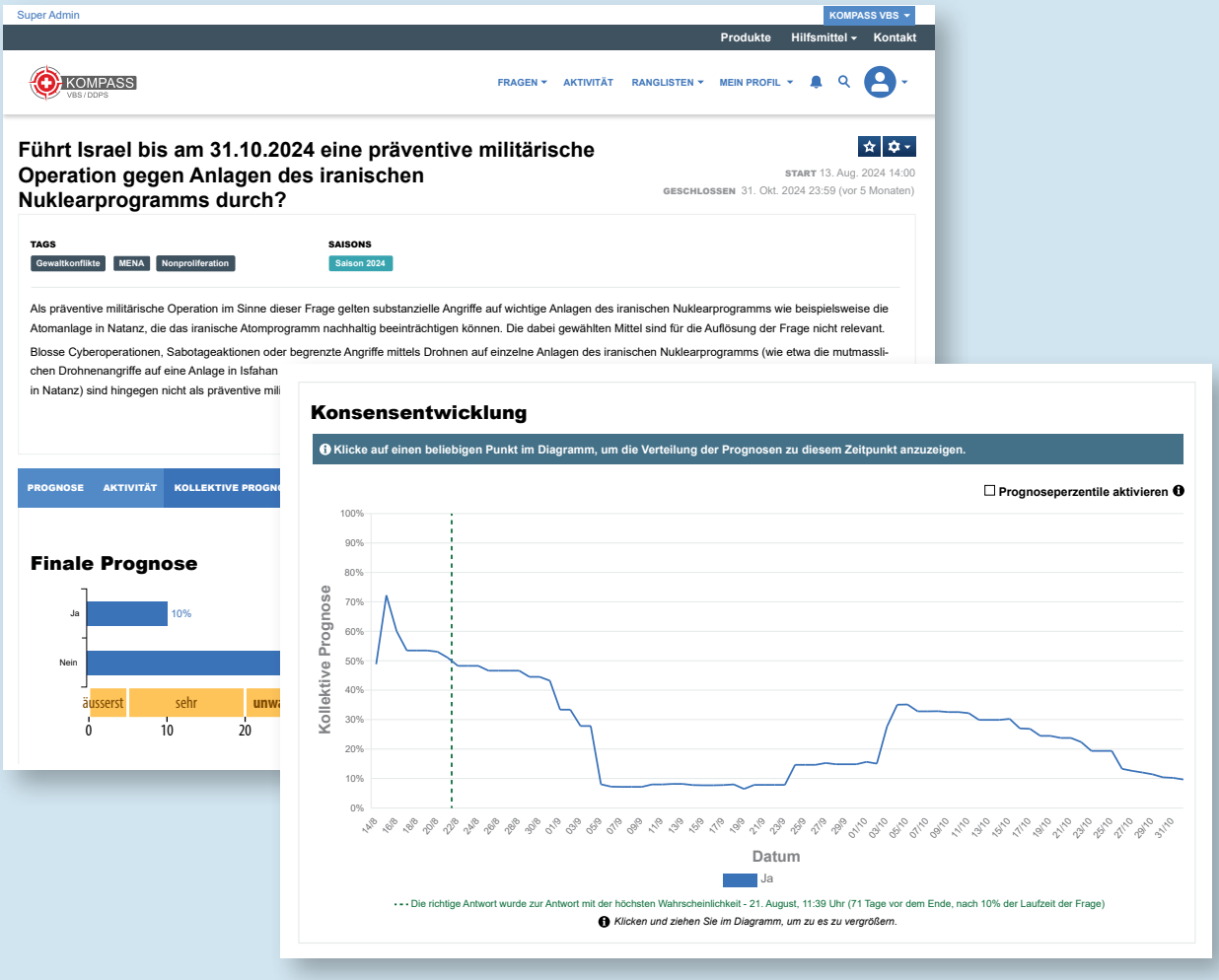
Das russisch-nordkoreanische Bündnis bleibt sehr wahrscheinlich 2025 bestehen, selbst wenn der Krieg gegen die Ukraine enden sollte. In diesem Fall könnte Nordkorea seine Soldaten aus Russland zurückrufen, aber im Gegenzug die Zahl seiner Gastarbeiter dort signifikant erhöhen. Diese könnten beim Wiederaufbau verwüsteter Gebiete auf russisch kontrolliertem Territorium in der Ukraine eingesetzt werden.

Militärisch stellt die nordkoreanische Entwicklung ballistischer Interkontinentalraketen und damit von Trägermitteln für Nuklearwaffen eine Bedrohung für die Sicherheit Europas dar. Die europäischen Staaten sind aber nicht im Fokus der nordkoreanischen Führung.

Durch die Annäherung an Russland hat sich der chinesische Einfluss auf Nordkorea relativ vermindert. Die nordkoreanische Führung könnte sich durch den gewonnenen Handlungsspielraum zu einem siebten Nukleartest ermutigt sehen. China steht einem solchen Test ablehnend gegenüber.

Die Wiederaufnahme der Gespräche über die Nuklear- und Trägermittelprogramme zwischen den USA und Nordkorea ist vorerst rein hypothetisch. Es ist äusserst unwahrscheinlich, dass Nordkorea zu bedeutenden Zugeständnissen bei diesen Programmen bereit ist. China sähe solche Gespräche mit gemischten Gefühlen. Zwar könnte ein amerikanisch-nordkoreanischer Dialog Entspannung auf der koreanischen Halbinsel bringen, wäre aber auch eine Einmischung der USA im unmittelbaren Umfeld Chinas. Schliesslich ist Nordkorea der einzige historische Verbündete der Volksrepublik.

Für die Sicherheitspolitik ist es von hoher Bedeutung, die relevanten Entwicklungen zu antizipieren. Zur sicherheitspolitischen Früherkennung gibt es probate Mittel, seit 2024 auch den „Kompass VBS“. Der NDB betreibt diese Plattform; sie steht allen Mitarbeitenden der Bundesverwaltung offen. Die Crowd-Sourcing-Plattform nutzt die kognitive Diversität, die Perspektivenvielfalt und das Wissen der Bundesverwaltung. Empirische Studien haben die Wirksamkeit eines solchen Ansatzes mehrmals bestätigt. Damit stärkt die Weisheit der Vielen die Früherkennung in der Bundesverwaltung.



ANHALTEN VON KRIEG UND KONFLIKTEN IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN

Der Krieg zwischen Israel und der Hamas und der Regionalkonflikt zwischen Iran und Israel prägen weiterhin die Lage im Nahen und Mittleren Osten. Iran setzt dabei nebst staatlichen Machtinstrumenten insbesondere auf die sogenannte Achse des Widerstands, der die Hamas im Gazastreifen, die libanesische Hisbollah, irakische Milizen und die Huthi im Jemen angehören. Aus der regionalen Eskalation nach dem terroristischen Grossangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 ist die Achse des Widerstands stark dezimiert hervorgegangen.

Die grundlegenden Probleme bleiben sowohl im israelisch-palästinensischen Konflikt als auch im Regionalkonflikt zwischen Iran und Israel ungelöst. Die Eskalationsrisiken bestehen deshalb fort, und eine Eskalation kann rasch erfolgen, wie die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Gazastreifen im März 2025 zeigt. Die diplomatischen Bemühungen der Trump-Administration im Krieg in Gaza und im Nuklearstreit mit Iran haben sich bislang als nicht erfolgreich erwiesen.

Die israelischen Militärschläge haben die Hamas stark dezimiert und die Infrastruktur im Gazastreifen weitgehend verwüstet. Israel hat seine offiziellen Kriegsziele – die Zerschlagung der Hamas als militärische und politische Organisation, die Befreiung der Geiseln und die Beseitigung der von Gaza ausgehenden militärischen Bedrohung – jedoch nur teilweise erreicht. Die Hamas bleibt vorerst die massgebliche palästinensische politische und militärische Kraft in Gaza. Sollte sich die Hamas dazu bereit erklären, formell die Regierungsgewalt einem anderen Akteur zu überlassen, würde sie sehr wahrscheinlich anstreben, die Macht aus dem Hintergrund auszuüben. Während des Kriegs haben sich die Sicherheitslage im Westjordanland und die Lebensumstände der dortigen palästinensischen Bevölkerung weiter verschlechtert.

Das militärische Vorgehen Israels und der Sturz des Asad-Regimes in Syrien haben die Hisbollah sehr geschwächt und zu Verschiebungen im politischen Gefüge des Libanons geführt. Deshalb ist die Hisbollah derzeit wahrscheinlich nicht an einer erneuten Eskalation im Konflikt mit Israel interessiert.

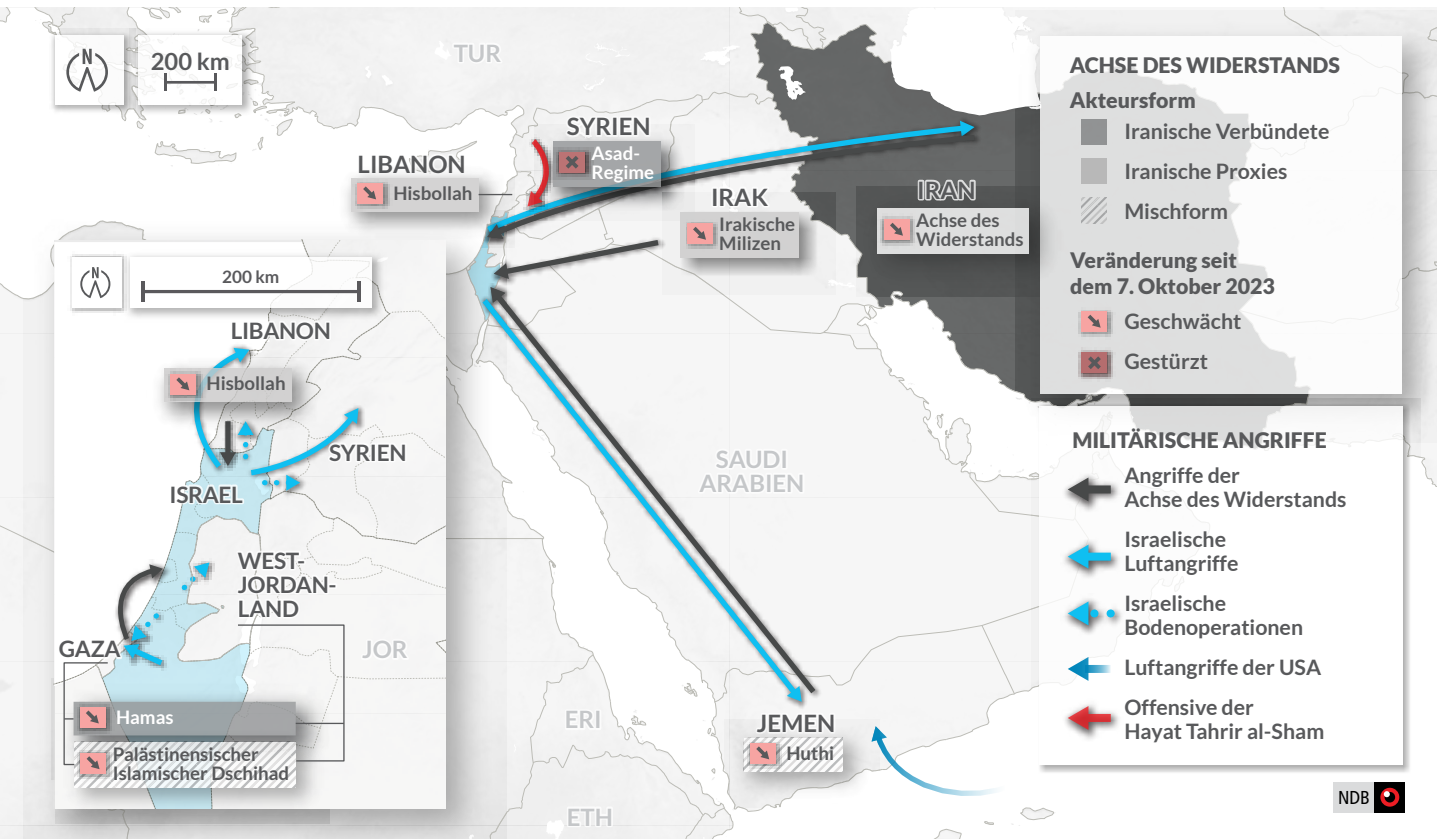
Iran, das den Schritt zum nuklearen Besitzerstaat ausserhalb des NPT gehen könnte, und Israel, ein nuklearer Besitzerstaat ausserhalb des NPT, haben sich 2024 erstmals einen direkten militärischen Schlagabtausch geliefert. Die ballistischen Lenkwaffen, Marschflugkörper und Drohnen Irans wurden jedoch grösstenteils abgefangen. Bei den israelischen Vergeltungsschlägen wurden wichtige Mittel der iranischen Luftverteidigung zerstört. Zudem hat Iran zur Abschreckung Israels stark auf die Achse des Widerstands gesetzt. Deren Unterminierung hat Iran empfindlich getroffen. Einige Stimmen in der Führung befürworten deshalb, zur Abschreckung das Nuklearprogramm zu forcieren. Entscheidend bleibt die Haltung des betagten Obersten Führers Ali Khamenei. Obwohl die iranische Führung sich bislang resilient gezeigt hat und über einen wirksamen Repressionsapparat verfügt, wurde sie von den Rückschlägen in der Regionalpolitik und den anhaltenden wirtschaftlichen Problemen geschwächt. In diesem Kontext und nach zwei Monaten Verhandlungen zwischen den USA und Iran im Nuklearstreit hat sich Israel im Juni 2025 zu einem grossangelegten Angriff auf Iran und dessen Nuklearprogramm entschieden. Die daraus resultierende Eskalation war bei Redaktionsschluss noch im Gang. Der israelische Angriff stellt eine Demütigung für

die iranische Seite dar und setzt die Führung stark unter Druck. Um sämtliche iranischen Nuklearanlagen umfassend und nachhaltig zu zerstören, ist Israel sehr wahrscheinlich auf militärische Unterstützung der USA angewiesen.

Die Frage der Nachkriegsordnung in Gaza rückt ins Zentrum. Noch ist offen, wer den Küstenstreifen künftig verwalten und die Verantwortung für den Wiederaufbau übernehmen wird. Die Hamas wird versuchen, in diesem Prozess eine Rolle zu spielen, was jedoch den Kriegszielen Israels widerspricht. Die von Präsident Trump im Januar 2025 präsentierte Idee, die Bevölkerung Gazas umzusiedeln, stösst international auf Ablehnung. Die Annexion des Westjordanlands, wie sie ein Teil der israelischen Regierung anstrebt, birgt erhebliches Eskalationspotenzial und würde die strategisch bedeutsame Aufnahme diplomatischer Beziehungen Israels mit Saudi-Arabien torpedieren.

Der israelische Angriff auf Iran im Juni 2025 führt zu einer neuen Ausgangslage im Nuklearstreit und wird die Kräfteverhältnisse im Nahen und Mittleren Osten sehr wahrscheinlich nachhaltig verändern. Die Vergeltung Irans und der Achse des Widerstands könnte sich dabei nicht nur gegen Ziele und Interessen Israels, der USA und ihrer Verbündeten in der Region richten, sondern auch mit asymmetrischen Mitteln ausserhalb der Region erfolgen. Dazu könnten auch Terroranschläge in Europa verübt werden. Für die iranische Führung wird die Frage der Nachfolge des Obersten Führers an Bedeutung gewinnen. Zudem muss sie den Verlust wichtiger Führungspersonen verkraften, und je nach Lageentwicklung könnte sogar ihr Fortbestand gefährdet sein. In diesem Fall könnte sie sich gezwungen sehen, den Entscheid zur Entwicklung einer Nuklearwaffe zu treffen. Inwiefern sie dies umsetzen könnte, ist unklar. Sollte sie die Konfrontation in ihrer bisherigen Form überstehen, wird sie weitsichtige und gut koordinierte Massnahmen treffen müssen, um den eigenen Einfluss als Regionalmacht wieder aufzubauen.

Unterminierung der iranisch geführten Achse des Widerstands seit dem 7. Oktober 2023



SYRIEN: DIE STRATEGISCHEN KONFLIKTLINIEN DER REGION BEGEGNEN SICH

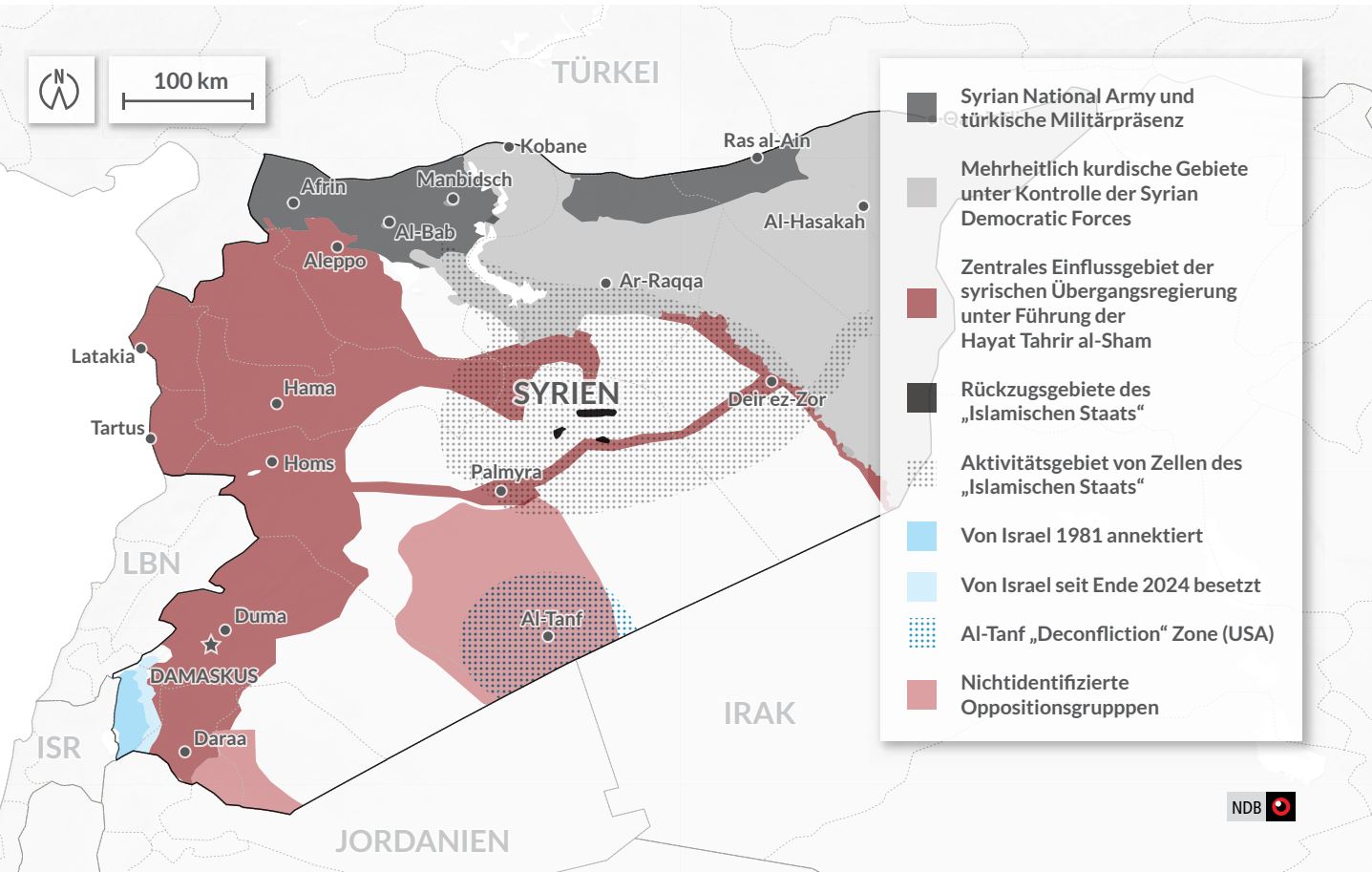
Der überrascdhend schnelle und vollständige Zusammenbruch des Regimes von Baschar al-Asad im Dezember 2024 hat in Syrien ein militärisches und politisches Vakuum hinterlassen. Verschiedene Akteure versuchen nun, dieses zu füllen. Faktisch besteht Syrien jedoch aus mehreren Konfliktschauplätzen:

- Im levantinischen Westen des Landes und in der Hauptstadt Damaskus versuchen die islamistische Hayat Tahrir al-Sham (HTS) und ihre Verbündeten, sich als legitime Nachfolger des gestürzten Regimes im Innen- und Aussenverhältnis zu positionieren. Die HTS bemüht sich rhetorisch, die Interessen von Minderheiten in Syrien zu berücksichtigen. Den Tatbeweis, einen inklusiven Staat anzustreben, ist die HTS bisher schuldig geblieben.

- Im Norden stehen sich der Türkei nahe Milizen und PKK-nahe kurdische Akteure feindlich gegenüber. Die kurdischen Akteure wollen wie im Irak ein Maximum an Autonomie erhalten, was die Türkei und ihre Verbündeten jedoch zu verhindern suchen. Sie wollen die Kurdengebiete der beiden Staaten physisch voneinander trennen.

- Im Osten des Landes ist die syrische Wüste mit der langen, durchlässigen Grenze zum Irak traditionell ein Gebiet mit schwach ausgeprägter Staatlichkeit. Insbesondere hier haben Zellen des „Islamischen Staats“ die militärische Niederwerfung ihres Kali-

Konfliktschauplätze in Syrien



fats überlebt. Netzwerke des „Islamischen Staats“ sind mit lokalen Stammesstrukturen eine Symbiose eingegangen.

- Im Süden entlang der Grenzen zu Jordanien und Israel agieren unterschiedliche ehemalige Oppositionsgruppen. Die ethnische Zusammensetzung und die regionale Dynamik sind anders als im Rest des Landes. Die HTS hat hier kaum Einfluss.

Derzeit unterhalten die USA, Israel und die Türkei je eine starke, Russland eine geschwächte und Iran wahrscheinlich eine verdeckte nachrichtendienstlich-militärische Präsenz auf syrischem Staatsgebiet. Alle fünf Akteure verfolgen unterschiedliche, teilweise gegenläufige Interessen. Der neue Status quo zwischen diesen Mächten ist nicht stabil.

Die humanitäre und wirtschaftliche Lage in Syrien ist weiterhin kritisch. Die Nahrungsmittelversorgung war bereits vor dem Bürgerkrieg unzureichend und hat sich seither nochmals stark verschlechtert. Syrien ist heute in hohem Grad von internationaler Hilfe abhängig.

Die Bildung neuer Staatlichkeit durch die derzeit stärkste Faktion, die HTS, ist ein aufwendiges, riskantes und langwieriges Unterfangen. Der Weg von der Übergangsregierung zu einer legitimen Regierung führt über einen Verfassungsgebungsprozess, Wahlen und eine Regierungsbildung. Mit dem Wegfall des gemeinsamen Feinds Asad fehlt jedoch das zentrale Element, das die verschiedenen Faktionen geeint hat.

Der starke Einfluss der Türkei im Land wirkt in zweifacher Hinsicht: Die Türkei berät die HTS politisch und militärisch und unterstützt den Wiederaufbau direkt. Gleichzeitig nimmt sie im Sinn ihrer Kurdenpolitik Einfluss auf die HTS. Das Zielbild dürfte die maximale Einhegung der syrischen Kurden in einen zentralistischen syrischen Staatsverband sein. Israel nimmt den wachsenden türkischen Einfluss in Syrien als Bedrohung wahr und will diesem entgegenwirken. Die Syrienpolitik der Trump-Administration wird massgeblich beeinflussen, ob es in der Kurdenfrage zu einer schweren militärischen Eskalation kommt. Eine weitere Reduktion der amerikanischen Truppen in Nordostsyrien könnte sich deshalb negativ auf die Sicherheit der kurdisch geführten Lager und Gefängnisse mit Insassen des „Islamischen Staats“ auswirken.

Teile der nach wie vor bewaffneten und organisierten Elemente aus dem ehemaligen Regime, darunter insbesondere viele Alawiten, suchen Revanche. Entsprechend lieferten sich Anfang März 2025 mutmasslich alawitische Asad-Loyalisten und Kämpfer der Übergangsregierung an der syrischen Küste schwere Gefechte. Das Gewaltpotenzial bleibt hoch und die Machtposition der HTS fragil. Der „Islamische Staat“ wird zudem versuchen, entlang der diversen ethnischen und konfessionellen Bruchlinien zu operieren.

AFRIKA

Die Sicherheitslage in Teilen Afrikas bleibt angespannt. Seit 2020 nehmen politische Unruhe und Dschihadismus zu und Demokratie wird abgebaut. 2023 lebte die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung unter autokratischer Herrschaft. Die politische Instabilität und Perspektivlosigkeit fördern auch Terrorismus. Das Epizentrum des globalen Dschihadismus hat sich vom Mittleren Osten in die Sahelregion verlagert; über die Hälfte aller 2024 durch Terrorismus getöteten Menschen lebten in der Sahelzone.

In der geopolitischen Rivalität insbesondere zwischen den USA, China und Russland gewinnt Afrika an Bedeutung. Neue Militärdiktaturen in Afrika verringern die Abhängigkeit von westlichen Staaten und kooperieren zunehmend mit Russland und China. Russland baut seinen Einfluss in der Sahelregion aus, während China sein wirtschaftliches und diplomatisches Engagement verstärkt und eher wahrscheinlich nach weiteren Militärbasen strebt. Der Rückzug westlicher Truppen unterstreicht den Wandel der strategischen Ausrichtung afrikanischer Staaten.

Die 2024 von Mali, Burkina Faso und Niger nach ihrem Austritt aus der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas gegründete Alliance des Etats du Sahel ist ein von Russland unterstützter Verteidigungspakt. Er demonstriert die antiwestliche Stimmung und die steigende Bedeutung externer Akteure in der Region. Aufgelöst wurde hingegen im Dezember 2023 die 2014 von Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger gegründete und von der EU unterstützte G5 Sahel.

Die internationalen Beziehungen in Afrika werden stärker von geoökonomischen als wie bislang geopolitischen Interessen geprägt. China und andere Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate fordern die traditionelle wirtschaftliche Dominanz westlicher Staaten heraus. Sie priorisieren die Entwicklung der Infrastruktur und stellen politische Bedingungen hintan. Damit profitieren sie vom Wegfall westlicher Hilfsgelder. China ist Afrikas wichtigster Handelspartner. Vor allem profitieren Äthiopien, Kenia und Nigeria von chinesischen Investitionen in Flughäfen, Autobahnen und Industriezonen. Die Nachhaltigkeit der chinesischen Unterstützung bleibt jedoch fraglich, wie etwa das Beispiel der Schuldenkrise Sambias zeigt.

Die neuen geopolitischen und geoökonomischen Spielregeln in Afrika haben zum Abzug westlicher Truppen und zur Schliessung westlicher Militärbasen geführt. Dies bedeutet für die westliche Terrorismusbekämpfung im Sahel einen Rückschlag. Der Krieg im Sudan, dem die zunehmende Unterstützung aus Russland und Iran für die Regierung von Port Sudan eine geostrategische Dimension verleiht, die zunehmende Instabilität am Horn von Afrika, die chronischen Krisen in der Region der Grossen Seen und die stark verschlechterte Sicherheitslage in Burkina Faso bleiben akute regionale Brennpunkte.

Die Glaubwürdigkeit westlicher Staaten als Verfechter von Demokratie und Menschenrechten ist weiter geschwächt worden. In Afrika werden die westliche Anwendung von Völkerrecht im Ukraine- und Gazakrieg als Doppelstandard wahrgenommen. China positioniert sich demgegenüber als Verteidiger von Prinzipien wie Souveränität und Nichteinmischung. Die USA und andere westliche Staaten richten ihren Ansatz in der Region deshalb neu aus: Sie suchen pragmatische Partnerschaften mit Regionalmächten wie Indien, den Golfstaaten oder der Türkei. Damit wollen sie den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen aufrechterhalten und gleichzeitig China und Russland davon fernhalten.

Wahrscheinlichkeitsskala

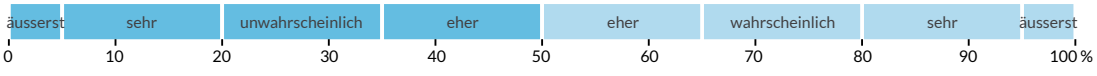


Abbildung 4

DSCHIHADISTISCHER UND ETHNONATIONALISTISCHER TERRORISMUS

TERRORBEDROHUNG IN EUROPA

Die Terrorbedrohung in der Schweiz ist erhöht. Sie wird primär von der dschihadistischen Bewegung geprägt, insbesondere durch Personen, die mit dem „Islamischen Staat“ sympathisieren oder von Dschihadpropaganda inspiriert werden.

Die Anzahl dschihadistisch motivierter Anschläge in Europa nimmt tendenziell zu. So griff zum Beispiel am 15. Februar 2025 ein 23-jähriger Syrer am Hauptbahnhof in Villach (Österreich) sechs Personen mit einem Messer an und tötete einen 14-Jährigen. Beim festgenommenen Täter fand die Polizei Propagandamaterial des „Islamischen Staats“. Gehäuft haben sich Anschläge und Vorfälle, die aufgrund des Täterprofils oder des Modus operandi anfänglich einen Terrorverdacht erweckten, der sich aber in der Folge nicht eindeutig belegen liess.

Wegen Terrorverdachts führten Sicherheitsbehörden in Europa zahlreiche Verhaftungen und andere Interventionen durch. Mehrere dschihadistisch motivierte Terroranschläge wurden wahrscheinlich verhindert. Auch in der Schweiz intervenierte die Polizei mehrmals im Rahmen der Terrorismusbekämpfung. Ziel der Intervention waren immer wieder Jugendliche.

Die Kernorganisation des „Islamischen Staats“ und die Kern-al-Qaida sind zurzeit wahrscheinlich kaum fähig, eigenständig Anschläge in Europa vorzubereiten oder zu verüben. Vielmehr sind sie auf die Initiative dschihadistisch inspirierter Personen angewiesen. Diese schreiten zur Tat, ohne direkt in Verbindung mit einer Terrororganisation zu stehen oder von dieser unmittelbar angeleitet zu werden.

Der Verbreitung dschihadistischer Propaganda im Cyberraum kommt eine zentrale Bedeutung zu. Sie bietet Nährboden, auf dem die dschihadistische Bewegung weiterhin wachsen kann. In der Schweiz hat sie die Entstehung von Netzwerken von Sympathisantinnen und Sympathisanten begünstigt und dient als wichtige Inspirationsquelle für Gewalt. Einzelne gewaltbereite Akteure, teils aus den erwähnten Netzwerken, teils ausserhalb dieser Netzwerke handelnde Personen, fallen insbesondere mit Propaganda, aber auch mit finanziellen und logistischen Unterstützungshandlungen sowie der Planung gewaltsamer Aktionen auf.

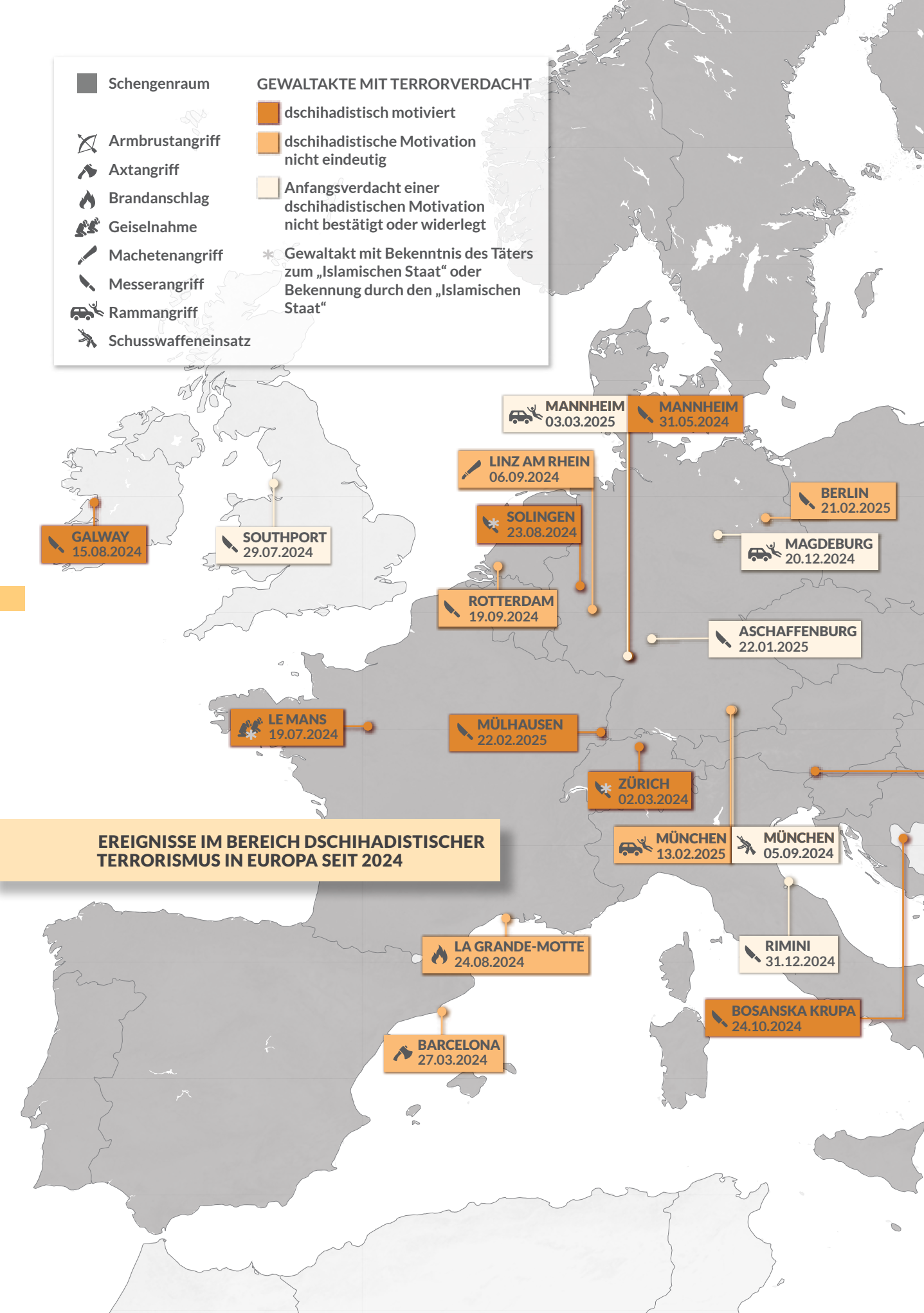
Der anhaltende Krieg in Gaza befeuert weiter antisemitische Reaktionen in Europa, die regelmässig in Anschlagsplänen oder Gewaltakten münden. Diese richten sich gegen Synagogen oder israelische Vertretungen. Dabei spielen dschihadistische Motive eine untergeordnete Rolle. Allerdings vermischen gerade jugendliche Verdachtspersonen immer öfter dschihadistische Äusserungen mit anderen Ideologien wie zum Beispiel Rechtsextremismus.

Die Terrorbedrohung bleibt erhöht. Sie wird diffuser, da Anschläge zunehmend keine eindeutig dschihadistische Motivlage mehr aufweisen. Das Phänomen der dschihadistischen Online-Radikalisierung wird in der Schweiz die Terrorbedrohung weiter prägen.

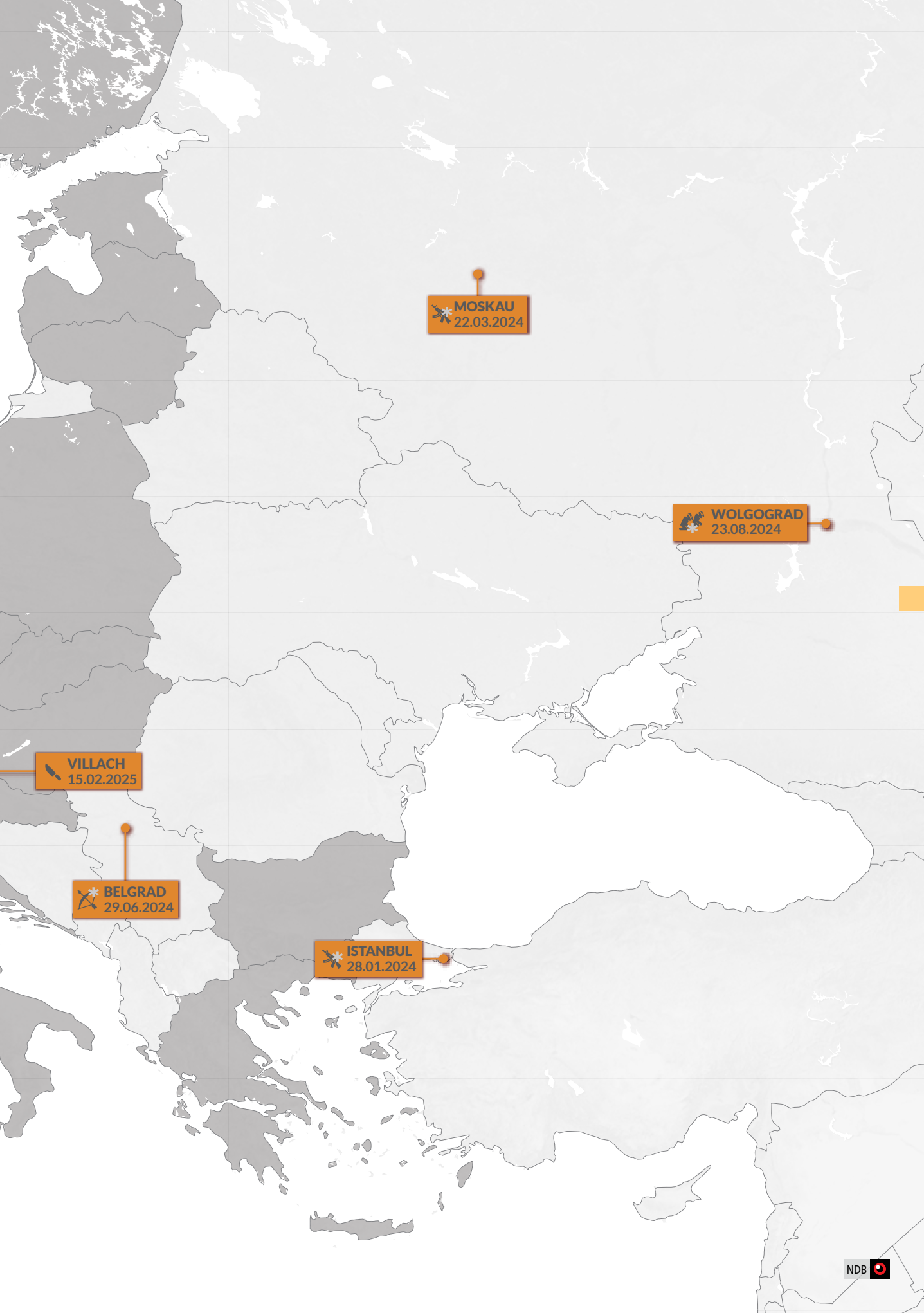
In der Schweiz geht die grösste Terrorbedrohung weiterhin von dschihadistisch inspirierten einzelnen Personen oder Kleingruppen aus, die spontan Gewaltakte mit einfachen Mitteln verüben. Solche Gewaltakte richten sich am ehesten gegen schwer zu schützende Ziele. Insbesondere jüdische und israelische Interessen sind exponiert. Auch Grossveranstaltungen beziehungsweise publikumswirksame Anlässe sind für Dschihadisten attraktive Gelegenheiten, um Anschlagsabsichten umzusetzen. Am 9. Januar 2025 hat das zentrale Propagandaorgan des „Islamischen Staats" zu Anschlägen auf Menschenmassen bei Veranstaltungen in westlichen Ländern aufgerufen. Obwohl die Schweiz nicht explizit erwähnt wurde, hat der Aufruf das Potenzial, dschihadistisch radikalisierte Personen zu Angriffen auf Menschenmengen bei grösseren Veranstaltungen jeglicher Art zu inspirieren.

Islamfeindliche oder als islamfeindlich wahrgenommene Ereignisse könnten zu Auslösern für dschihadistische Gewaltakte werden. Angesichts der jüngsten Gewalttaten durch Migranten in Europa und der daraus resultierenden politischen und gesellschaftlichen Spannungen könnte eine Dynamik entstehen, die gewalttätig extremistischen Akteuren unterschiedlicher Couleur Auftrieb verleiht.

Aus europäischen Haftanstalten entlassene Dschihadisten und Dschihadistinnen sowie Personen, die sich während der Haft radikalisiert haben, stellen einen permanenten Risikofaktor dar. Haftentlassene bleiben teilweise dem dschihadistischen Gedankengut treu und kehren in ihr bisheriges Umfeld zurück, in dem sie terroristische Aktivitäten wieder aufnehmen oder solche unterstützen können. Dies ist auch in der Schweiz zu beobachten.



EREIGNISSE IM BEREICH DSCHIHADISTISCHER TERRORISMUS IN EUROPA SEIT 2024


MOSKAU
22.03.2024
WOLGOGRAD
23.08.2024
VILLACH
15.02.2025
BELGRAD
29.06.2024
ISTANBUL
28.01.2024
NDB

WELTWEITE TERRORBEDROHUNG

Seit dem Zusammenbruch des Asad-Regimes Anfang Dezember 2024 stellt die Hayat Tahrir al-Sham (HTS) de facto den neuen Regierungsapparat in Syrien. Diese ist 2017 aus dem damaligen Ableger der Kern-al-Qaida in Syrien hervorgegangen, von dem sie sich nach aussen distanziert hat. Sie steht weiterhin auf der Terrorliste der UNO und der EU und gilt auch in der Schweiz wegen des erwähnten al-Qaida-Bezugs als Terrororganisation. Sie stellte in den letzten Jahren keine direkte, gegen Europa gerichtete Bedrohung dar. In ihren Reihen befinden sich jedoch weiterhin ehemalige Dschihadreisende aus Europa. Insbesondere im Osten Syriens haben zudem Zellen des „Islamischen Staats" die militärische Niederwerfung des Kalifats überlebt (siehe oben, „Syrien: Die strategischen Konfliktlinien der Region begegnen sich").

Die Hauptoperationsgebiete der meisten und einflussreichsten Ableger und affiliierten Regionalgruppierungen des „Islamischen Staats" und der al-Qaida liegen weiterhin in Zentralasien und in Afrika. 2025 wurden in der Sahelzone mehrere Angehörige westlicher Staaten entführt, darunter am 13. April 2025 eine Schweizer Staatsangehörige in Niger.

Obwohl sich die Führung der HTS von der al-Qaida distanziert hat, bleibt insbesondere offen, wie sich ihre Faktionen künftig ideologisch ausrichten und ob einzelne dieser Faktionen dschihadistische Positionen einnehmen werden. Sollten Dschihadreisende mit Bezug zur HTS nach Europa und in die Schweiz zurückkehren, wäre das von ihnen ausgehende Bedrohungspotenzial nicht mit jenem zurückkehrender Anhänger des „Islamischen Staats" gleichzusetzen. Es ist eher wahrscheinlich, dass bei anhaltendem Konflikt und bei einer Machtkonsolidierung der HTS in Syrien Dschihadsympathisanten gewillt sein werden, zur Unterstützung dieser Gruppierung nach Syrien zu reisen.

Der „Islamische Staat" in Syrien zeigt sich widerstandsfähig und ist in der Lage, geschickt auf lokale Vorgänge zu reagieren. Wahrscheinlich wird er sich bietenden Handlungsspielraum ausnutzen und von weiteren Verschlechterungen der regionalen Sicherheitslage profitieren, um sich zu konsolidieren und nicht zuletzt auch Kader und Kämpfer aus den Gefängnissen zu befreien.

Sollte der Verfolgungsdruck auf den „Islamischen Staat" in Syrien markant abnehmen, wird dieser wahrscheinlich in der Lage sein, schnell zu reagieren und seine Aktivitäten zu steigern. Falls es einem erstarkten „Islamischen Staat" gelingt, seine Kader und Anhänger aus den Gefängnissen zu befreien, stellen insbesondere die dort verbliebenen Dschihadreisenden mit Schweizbezug eine direkte Bedrohung für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz dar. Sie haben das Profil und die Erfahrung, bei einer unkontrollierten Rückkehr in die Schweiz ihr Umfeld zu radikalisieren und in oder aus der Schweiz heraus Anschläge zu planen.

Die Vernetzungen des „Islamischen Staats“ von und nach Europa, physisch über etablierte Schleuser- und Unterstützernetzwerke oder virtuell über schnell verfügbare Kontakte im Internet, stellen einen zusätzlichen Risikofaktor dar.

Die Ableger und assoziierten Regionalgruppierungen des „Islamischen Staats“ und der al-Qaida in Afrika, Zentralasien sowie im Nahen und Mittleren Osten bleiben trotz ihrer primär regionalen Ausrichtung willens und fähig, bei sich bietender Gelegenheit vor Ort Anschläge auf westliche Ziele zu verüben oder Angehörige westlicher Staaten zu entführen. Die Schweiz stellt zwar kein prioritäres Ziel dar, trotzdem können Schweizer Staatsangehörige, Organisationen und Unternehmen Opfer terroristischer Gewalt werden.

Die Migration nach Europa wird anhalten. Personen mit Terrorismusbezug können die Migrationsbewegungen weiterhin missbrauchen, um nach Europa und möglicherweise auch in die Schweiz zu kommen. Es ist indessen eher wahrscheinlich, dass unter den terroristischen Akteuren und Verdachtspersonen mehr Migranten sein werden, die sich erst in Europa dschihadistisch radikalisiert haben und deren Integration in die westliche Gesellschaft misslungen ist.

TERRORISMUSABWEHR

Zahlen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr – Risikopersonen, dschihadistisch motivierte Reisende, Dschihadmonitoring – publiziert der NDB zweimal pro Jahr auf seiner Webseite.

www.vbs.admin.ch
> Sicherheit > Nachrichtendienst > Terrorismus

ONLINE-RADIKALISIERUNG JUGENDLICHER UND BEKÄMPFUNG VON ONLINE-PROPAGANDA

Die Radikalisierung Minderjähriger beschäftigt die europäischen Nachrichtendienste. Im Bereich des dschihadistischen Terrorismus findet diese in vielen Fällen online und im Vergleich zu Erwachsenen häufig in kurzer Zeit statt. Jugendliche sind ideologisch oft flexibel, und die Faszination für Gewalt spielt in der Regel eine grössere Rolle als Ideologie. Die Nutzung sozialer Medien steht häufig am Anfang von Radikalisierungsprozessen. Denn oft kommen Jugendliche auf offenen Plattformen erstmals in Berührung mit dschihadistischen Inhalten. In radikalere und gleichzeitig abgeschirmte Online-Kreise geraten sie erst später.

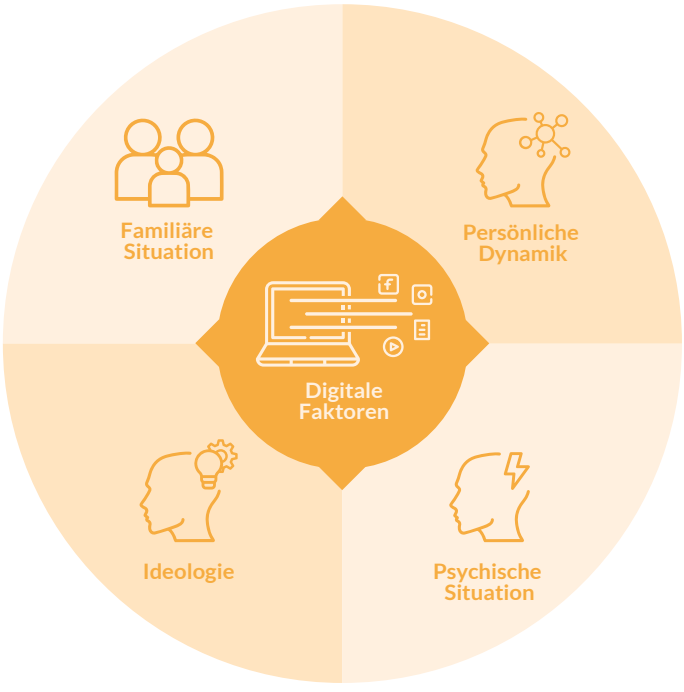
In der Strafverfolgung und legislativ hat die Bekämpfung dschihadistischer Aktivitäten im Internet 2024 grosse Fortschritte erzielt. Der Zugang zu dschihadistischer Propaganda wurde erschwert und Plattformbetreiber haben ihre Richtlinien angepasst und gehen intensiver gegen dschihadistische Inhalte vor. Allerdings zeigen sich die Online-Propagandisten des „Islamischen Staats“ anpassungsfähig. Sie umgehen oder vermeiden die Kontrollmechanismen oder wechseln auf alternative Medien. Die starke Resilienz der dschihadistischen Propagandaszene beruht auf mehreren Faktoren:

- Laufend werden Anwendungen verbessert und neue Plattformen entwickelt, die maximale Anonymität bieten.
- Die jüngeren Generationen von Internetnutzerinnen und -nutzern treffen immer stärkere Sicherheitsmassnahmen.
- Im Internet haben sich viele alte Propagandainhalte angesammelt, die konsumiert oder weiterverarbeitet werden können.

Dschihadistische Propaganda wird ihre Wirkung weiter entfalten. Insbesondere die Propagandaaktivisten und -aktivistinnen des „Islamischen Staats“ werden trotz allen Eindämmungsmassnahmen immer wieder Wege finden, die Möglichkeiten des Cyberraums für sich zu nutzen.

Die stetige Konfrontation mit dschihadistischen Inhalten, befeuert durch entsprechende Algorithmen, kann insbesondere psychisch labile, sozial isolierte oder in einer persönlichen Krise steckende Jugendliche radikalisieren und zur Gewaltanwendung motivieren. Einzuschätzen, ob von einer jugendlichen Person eine Bedrohung ausgeht, ist auch für die Behörden schwierig, da Motive nicht immer eindeutig fassbar werden. Jugendliche Identitätssuche macht es schwierig, den Ernst von Aussagen zu bewerten. Um auf die bei Jugendlichen oft rasch ablaufenden Radikalisierungsprozesse frühzeitig reagieren zu können, bleiben die Sensibilisierung und die Zusammenarbeit mit Institutionen besonders im Schul- und Sozialbereich sowie mit der Polizei vor Ort zentral. Das Phänomen radikalisierter Jugendlicher wird in der Schweiz ein bedeutendes Risiko bleiben.

Einflussfaktoren in der Online-Radikalisierung von Jugendlichen



NDB

ETHNO-NATIONALISTISCHER TERRORISMUS

PKK

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) versteht sich als Hauptvertreterin der Kurdinnen und Kurden sowie des autonomen Gebiets in Nordostsyrien. Sie führt in Europa einen mehrheitlich gewaltfreien Kampf um Anerkennung der kurdischen Identität in den Kurdengebieten der Türkei, Syriens, des Iraks und Irans. In der Schweiz sammelt die PKK verdeckt Geld, betreibt Propaganda und führt Lager zu rein ideologischer Ausbildung und Rekrutierung durch. Gewaltsame Zusammenstösse zwischen PKK-Anhängerschaft und türkischen Nationalisten und Nationalistinnen beziehungsweise Anhängern und Anhängerinnen des türkischen Staatspräsidenten ereignen sich auch in der Schweiz.

Die PKK wird wahrscheinlich trotz vereinzelt gewaltsamen Protesten und Spannungspotenzial grundsätzlich am Gewaltverzicht in Europa festhalten. Sie verfolgt das Ziel weiter, von der EU-Terrorliste gestrichen zu werden. In der Schweiz wird die PKK ihre teils verdeckten Aktivitäten fortführen.

Die mit der neuen Lage in Syrien einhergehenden türkischen und türkisch-unterstützten Vorstösse gegen die kurdisch-geführte Selbstverwaltung in Nordostsyrien können in der Schweiz zu erhöhtem Aktivismus der PKK führen. Die am 12. Mai 2025 verkündete Selbstauflösung stellt die PKK vor eine Zerreissprobe mit internen Machtkämpfen auch in Europa. In der Schweiz sind vorerst keine Änderungen zu erwarten. Türkische Vertretungen und Einrichtungen bleiben potenzielle Anschlagsziele der PKK.

HISBOLLAH

Die Hisbollah unterhält in der schiitisch-libanesischen Diasporagemeinschaft in der Schweiz ein Personennetzwerk, das die Organisation in gemeinschaftlichen und politischen Angelegenheiten unterstützt. Einige dieser Personen könnten auch aktiviert werden, um die Hisbollah bei Terroraktionen zu unterstützen. Im Dezember 2024 haben beide eidgenössischen Räte eine Motion angenommen, die Hisbollah in der Schweiz zu verbieten, und den Bundesrat mit der Umsetzung beauftragt.

Die von der libanesischen Hisbollah ausgehende Bedrohung in Europa hängt weiterhin davon ab, wie intensiv der Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah einerseits und zwischen Iran und den von ihm als feindlich angesehenen Staaten andererseits geführt wird. Die Rückschläge, die die Hisbollah 2024 erlitten hat, haben allerdings ausserhalb des Nahen und Mittleren Ostens die Wahrscheinlichkeit für Aktionen der Hisbollah gegen israelische oder jüdische Personen oder Interessen gesenkt. Die Hisbollah muss sich auf ihre Reorganisation konzentrieren. Diese Ausrichtung kann sich allerdings kurzfristig wieder ändern.

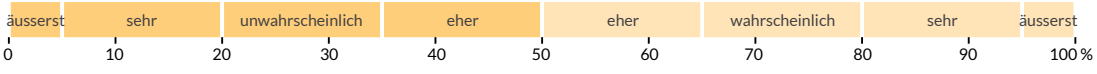
HAMAS

Am 20. Dezember 2024 haben die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen verabschiedet. Mit der Inkraftsetzung erhalten die Bundesbehörden die notwendigen Instrumente, um gegen die Aktivitäten der Hamas oder die Unterstützung der Organisation – insbesondere durch Finanzierung – in der Schweiz vorzugehen.

Bis vor Kurzem hat die Hamas keine terroristischen Aktivitäten ausserhalb Israels und des besetzten palästinensischen Gebiets in Betracht gezogen. Solche Aktionen waren nicht Teil ihrer Doktrin. Das internationale Netzwerk der Hamas konzentrierte sich hauptsächlich auf politische und finanzielle Fragen.

In den letzten Monaten wurden der Hamas in Europa Anschlagsplanungen zugeschrieben. Eine Bestätigung würde eine neue Bedrohung für die jüdischen und israelischen Interessen in Europa und damit auch in der Schweiz bedeuten. Im Allgemeinen hängt die Bedrohung durch die Hamas von der Entwicklung des Nahostkonflikts ab.

Wahrscheinlichkeitsskala



Was sieht der NDB?
Was erwartet der NDB?

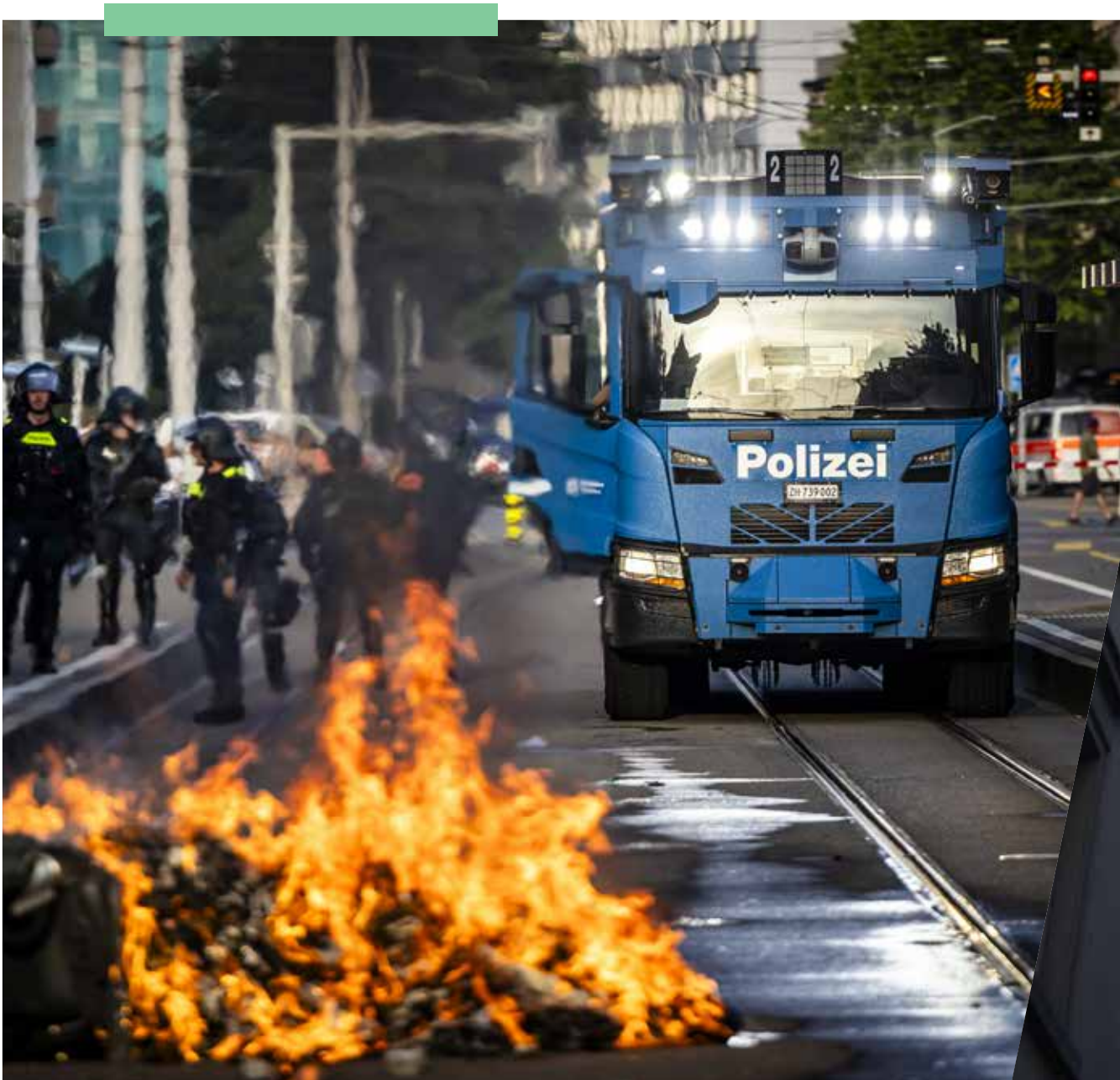


Abbildung 5

GEWALTTÄTIGER EXTREMISMUS

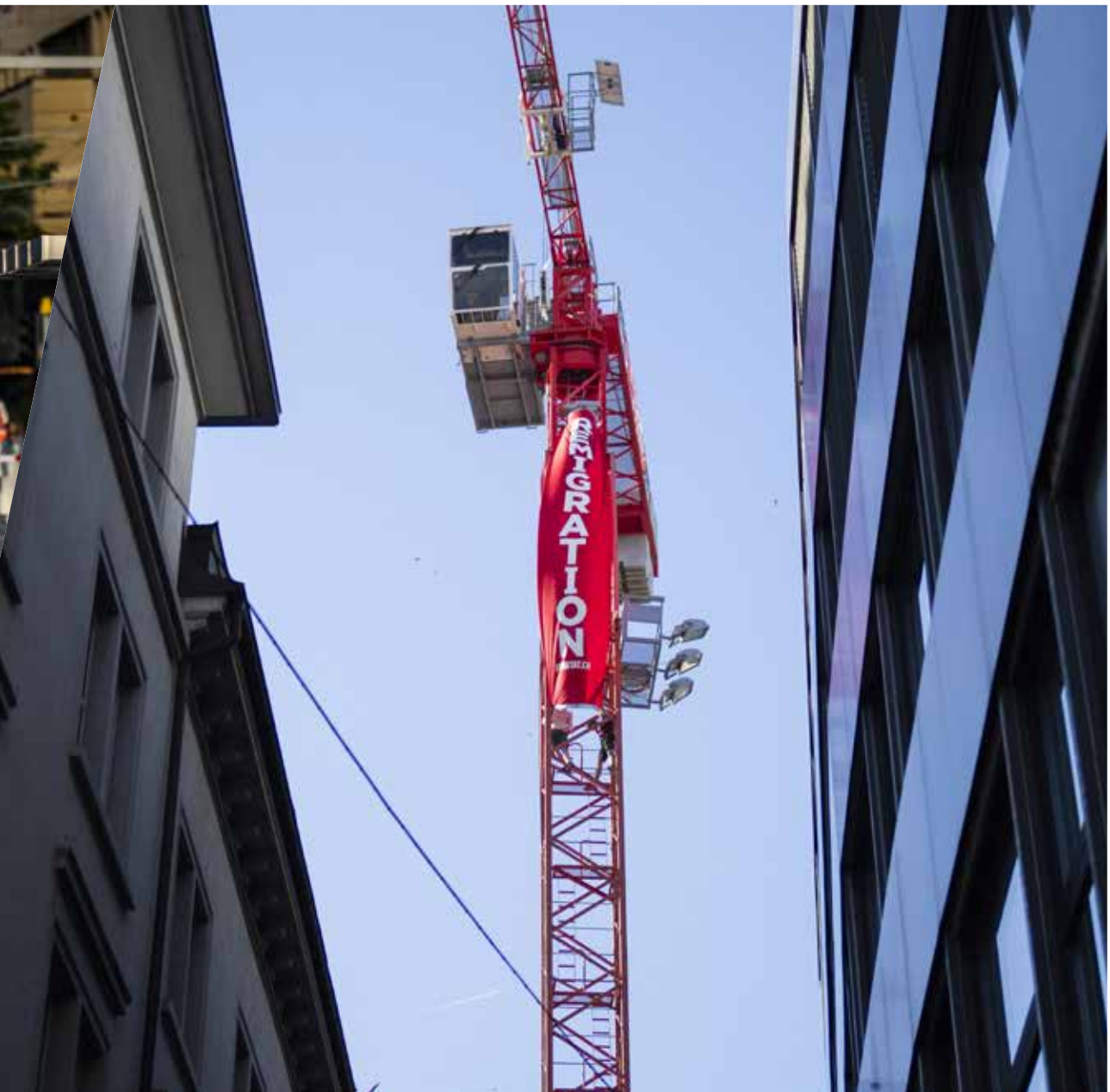
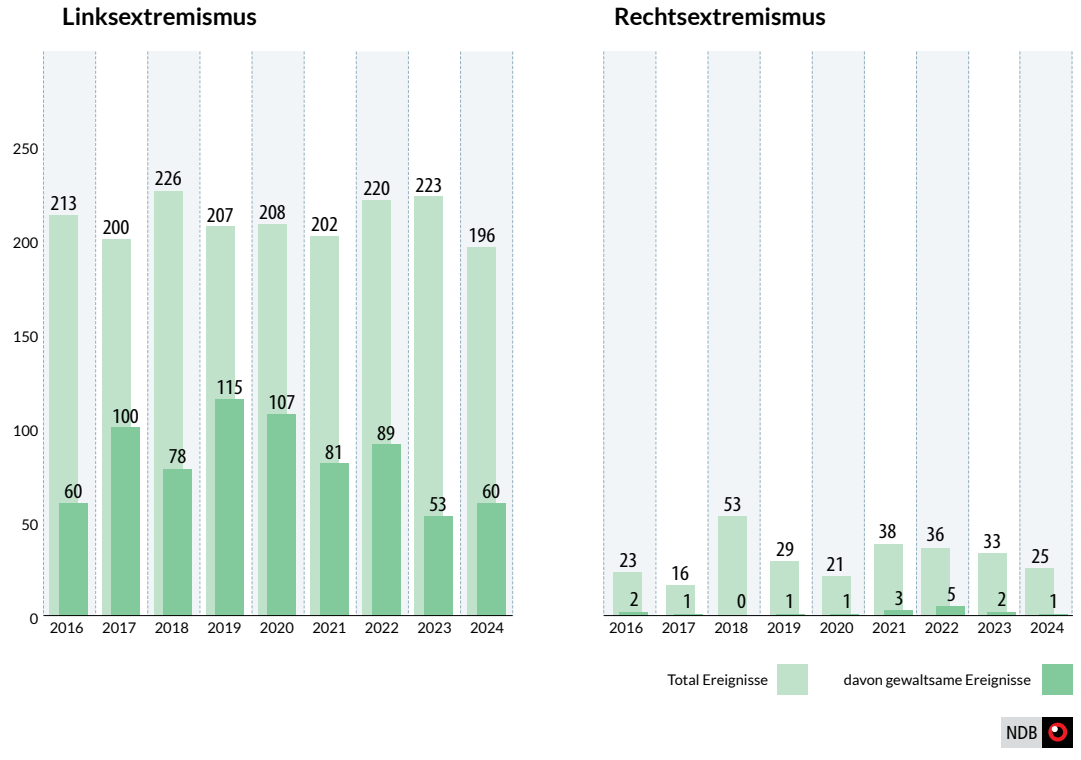


Abbildung 6

BEDROHUNG AUF ERHÖHTEM NIVEAU STABIL

In der gewalttätigen links- und der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene sind nur marginale Veränderungen zu beobachten. Dies gilt sowohl für die von diesen Szenen bewirtschafteten Themen wie auch für die jeweils szenetypischen Aktionsformen. Die von den beiden gewalttätigen Szenen ausgehende Bedrohung bleibt auf erhöhtem Niveau stabil. Aktivistinnen und Aktivisten aus beiden Szenen orientieren sich bei ihren Aktionen am aktuellen Weltgeschehen, wenngleich in unterschiedlicher Intensität. Die aktivsten Gruppierungen werden sehr wahrscheinlich ihre Strategie und Aktionsformen beibehalten. In beiden Szenen besuchen einzelne Exponentinnen und Exponenten Kampfsportausbildungen. Vor allem in der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene besteht zudem eine gewisse Affinität zu Waffen.

Dem NDB gemeldete gewalttätig extremistisch motivierte Ereignisse seit 2016
(ohne Schmierereien)



In der gewalttätigen linksextremistischen Szene gibt es keine Anzeichen für wesentliche Veränderungen. Die Szene wird dem Antifaschismus in einer weiten Auslegung und dem Kampf für die kurdische Sache weiter eine hohe Priorität einräumen. Andere Veränderungen der internationalen Lage, etwa die Entwicklungen im Nahostkonflikt, wird die Szene nur nachrangig aufnehmen. Im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt werden Szenemitglieder aber weiter Kundgebungsaufrufe posten oder selber zu solchen aufrufen. Das Gewaltpotenzial der gewalttätigen linksextremistischen Szene ist hoch. Die Szene vermag spontan zu mobilisieren. Gewalttaten werden sich auch künftig in erster Linie gegen Sachen richten, wobei vereinzelt auch unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen zum Einsatz gebracht werden. Einige Akteure aus Europa haben in den Kurdengebieten Fähigkeiten erworben, um in ihrer Heimat solche Anschläge zu verüben. Gewalt gegen Personen wird in erster Linie gegen Sicherheitskräfte ausgeübt. Die Rekrutierung von neuen Aktivistinnen und Aktivisten dürfte sich schwieriger gestalten, weil der Wille zu einem intensiven und längerfristigen Engagement zunehmend zu fehlen scheint. Die gewalttätige linksextremistische Szene verfügt nicht über das Potenzial, die Demokratie und die rechtsstaatlichen Prinzipien zu schwächen oder die Teilhabe ihrer politischen Gegner an demokratischen Prozessen zu verhindern.

Die gewalttätige rechtsextremistische Szene wird aktiv bleiben. Die meisten Zusammenkünfte finden nicht in der Öffentlichkeit statt, sondern klandestin. Einige Gruppierungen werden weiterhin versuchen, eine gewisse Publizität zu erlangen, indem sie mit gewaltfreien Aktionen oder im Internet verbreiteten Propagandavideos öffentlich aktuelle politische Themen aufgreifen. Mit Gewalt agieren Rechtsextremisten und -extremistinnen, wenn sie auf Personen aus der gewalttätigen linksextremistischen Szene treffen oder diese sie angreifen.

Fälle von Minderjährigen und jungen Erwachsenen, die sich online radikalisieren und terroristische Absichten entwickeln, werden weiter zunehmen. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei vor allem abgeschirmten Diskussionsgruppen aus dem Bereich des Akzelerationismus zu, in denen drastische Gewaltdarstellungen und Absichten zur Gewaltanwendung geteilt werden. Die Aufdeckung solcher Fälle stellt wegen des internationalen Charakters und der Möglichkeiten zur anonymen Nutzung der Plattformen eine grosse Herausforderung dar.

Wahrscheinlichkeitsskala

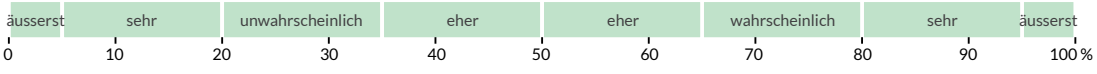


Abbildung 7

PROLIFERATION

RUSSLAND

Trotz den anhaltenden und ständig erweiterten westlichen Sanktionen läuft die russische Rüstungsindustrie weiterhin gut genug, um den Krieg gegen die Ukraine fortzuführen und darüberhinausgehende westliche Bedrohungsszenarien zu speisen. Der Abnutzungskrieg benötigt enorm grosse Mengen an Werkzeugmaschinen, Rohmaterial, Instandhaltungsmitteln und Ersatzteilen sowie eine funktionierende Logistik. Die Spannbreite des Güterbedarfs ist extrem gross. Die benötigten Güter werden bei befreundeten Staaten gekauft oder weiterhin unter Umgehung der Sanktionen in westlichen Ländern beschafft. Russland verfügt dazu unverändert über die finanziellen und personellen Ressourcen.

Es ist kein Rückgang der Beschaffungsbemühungen festzustellen, und es sind auch keine dauerhaft alternativen Produzenten oder Entwickler dieser Güter in Sicht. Obwohl der Export von Werkzeugmaschinen aus chinesischer Produktion nach Russland deutlich gestiegen ist, ist das Interesse und der Bedarf an Gütern aus westlichen Ländern, auch aus der Schweiz, ungebrochen hoch. Privatfirmen aus Drittstaaten stellen nach wie vor das grösste Risiko dar, dass unentdeckt Güter beschafft und nach Russland weitergeleitet werden. Im Fokus stehen alle Staaten, die die Russlandsanktionen nicht übernommen haben.

Da die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen und anderen Dual-use-Gütern nach Russland seit März 2022 grundsätzlich verboten ist, wird eine neue Vorgehensweise gewählt: Produktionsmaschinen werden dabei nicht nach Russland geliefert, sondern in Drittstaaten. Dort installiert, produzieren sie die Güter, die dann direkt nach Russland geliefert werden.

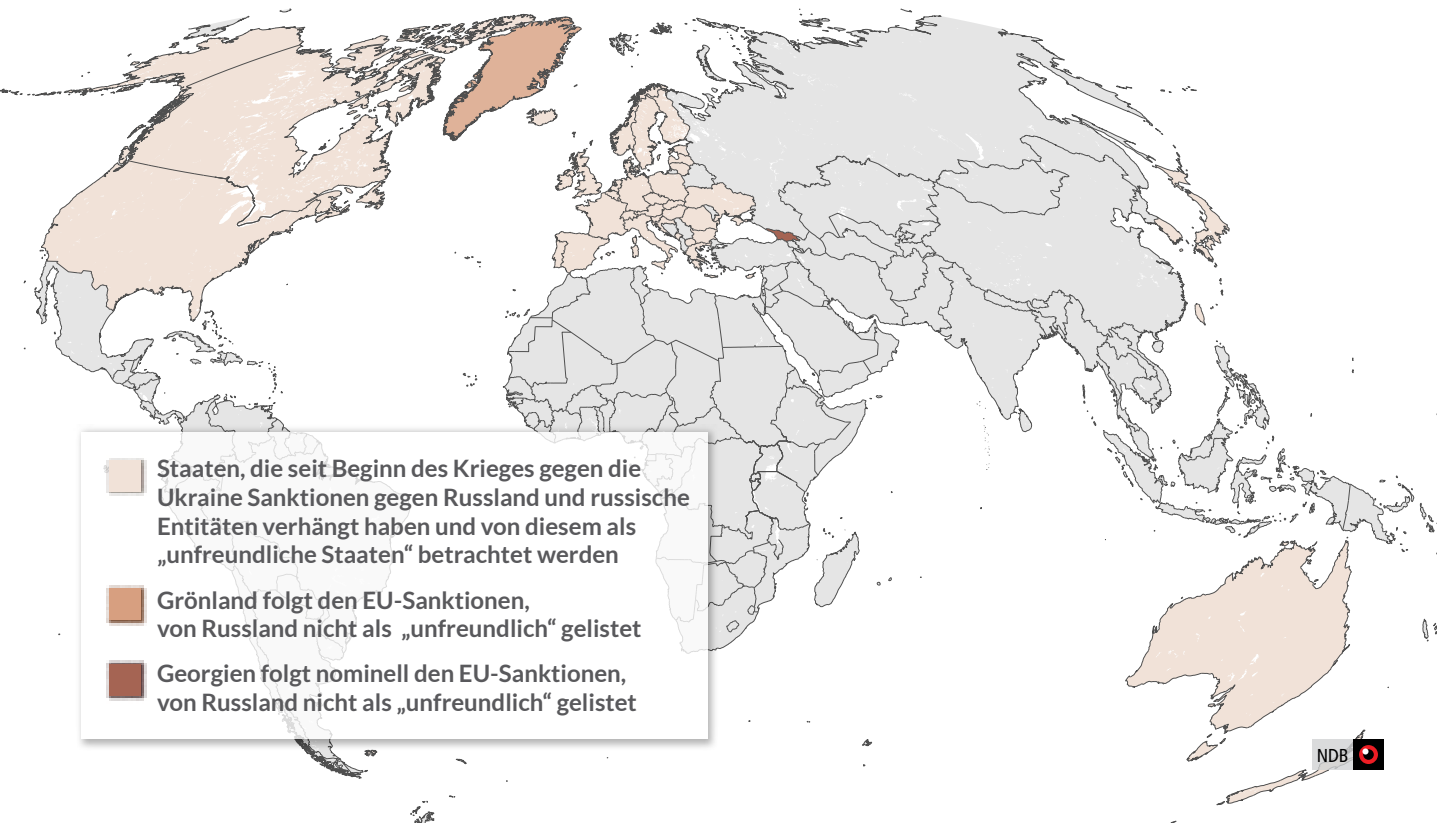
Für die Schweizer Behörden ist es praktisch unmöglich, die auf einer Schweizer Werkzeugmaschine produzierten Güter weiterzuverfolgen. Dies gleicht der Herausforderung der Kontrolle sanktionierter, aber nicht gelisteter Güter. Dabei handelt es sich meist um industrielle Massenware. Solche wird ebenfalls unkontrolliert in sehr hohen Zahlen via Drittstaaten für Russlands Rüstungsindustrie beschafft und in Waffensystemen verbaut, die in der Ukraine eingesetzt werden. Ein Beispiel dafür sind Mikrochips.

Der NDB unterstützt das Staatssekretariat für Wirtschaft bei der Kontrolle von Dual-use-Gütern. Er untersucht die Lieferketten nicht-gelisteter Güter, um eine Weiterleitung in grossem Stil nach Russland zu verhindern. Firmen in der Schweiz und Liechtenstein, die die von Russland benötigten Produkte herstellen und deshalb für Beschaffungsversuche exponiert sind, werden sensibilisiert.

Eine Strategieänderung oder eine Abnahme russischer Beschaffungsbemühungen für westliche, darunter Schweizer Güter, ist nicht zu erwarten. Alle existierenden Kanäle zur Instandhaltung der russischen Rüstungsindustrie werden weiter benutzt und, wo immer möglich, ausgeweitet werden. Die internationale Gemeinschaft muss erst noch Methoden und Antworten finden, wie dem neuen Phänomen der Produktionsunterstützung im Ausland entgegengetreten werden kann. China stellt eine besonders grosse Herausforderung dar, da die Schweiz ein Freihandelsabkommen mit China hat und das Exportvolumen entsprechend hoch ist.

Die westlichen Industriestaaten sind mittlerweile hoch sensibilisiert für die Beschaffungen und die dabei eingesetzten Methoden aller sanktionierten Staaten, vor allem Russlands. Der internationale Austausch ist sehr rege. Das Ziel, die Rüstungsindustrie Russlands zu bremsen, wird seriös verfolgt. Das Ziel, mit der Durchsetzung der Sanktionen die Rüstungsindustrie soweit zu schwächen, dass Russland den Krieg gegen die Ukraine beenden muss, ist allerdings weit entfernt.

Sanktionen gegen Russland und russische Entitäten



IRAN

Iran hatte in den letzten Monaten vor dem israelischen Angriff im Juni 2025 den Ausbau seiner Urananreicherungsanlagen vorangetrieben und seine Vorräte an hochangereichertem Uran erhöht. Jedoch verkürzte sich dadurch die Zeit für einen Griff zur Nuklearbewaffnung nicht wesentlich. Iran hätte wahrscheinlich noch mindestens einige Monate für die Konstruktion einer funktionsfähigen Waffe gebraucht. In einer Resolution vom 12. Juni 2025 warf der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde Iran vor, seinen Verpflichtungen im Rahmen des Kernwaffensperrvertrags nicht nachzukommen.

Der israelische Angriff im Juni 2025 hat wie schon die israelischen Vergeltungsschläge für die direkten militärischen Angriffe Irans im April und Oktober 2024 gezeigt, dass die iranische Luftabwehr gegen die israelischen Mittel wenig effektiv ist. Die israelischen Schläge im Juni 2025 galten unter anderem iranischen Nuklearanlagen, Anlagen im Zusammenhang mit dem iranischen Lenkwaffenprogramm sowie militärisch relevanten Industrieanlagen.

Bei verschiedenen Schlüsseltechnologien hatte Iran seine Abhängigkeit von westlichen Staaten weiter reduziert. Trotzdem gab es weiterhin iranische Beschaffungsversuche in der Schweiz. Die multilaterale Güterkontrolle allein war insgesamt nicht mehr in der Lage, das iranische Lenkwaffenprogramm oder den Bau einer iranischen Kernwaffe zu unterbinden. Von der wirtschaftlichen Partnerschaft mit Russland profitierte Iran nicht nur finanziell.

Die Luftangriffe Israels Mitte Juni 2025 machen die Zukunft des iranischen Nuklearprogramms ungewiss. Obwohl mehrere Nuklearanlagen Irans getroffen wurden, waren die bei Redaktionsschluss bekannten Schäden im Bereich der Anreicherungskapazität begrenzt. Hält die iranische Führung dem militärischen Druck Israels und möglicherweise auch der USA stand, könnte sie sich gezwungen sehen, aus dem Kernwaffensperrvertrag auszutreten und die Entwicklung einer Nuklearwaffe anzustreben. Es ist äusserst wahrscheinlich, dass Iran im Rahmen von Forschungsaktivitäten um die Jahrtausendwende bereits entsprechende Untersuchungen vorgenommen hat und somit nun lediglich einige Monate bräuchte, eine minimale nukleare Abschreckung bereitzustellen. Unklar bleibt, wie schwer sich der mit dem gezielten Ausschalten iranischer Nuklearwissenschaftler einhergehende Verlust von Know-how auf das iranische Nuklearprogramm auswirken wird. Die Auswirkungen der Angriffe werden wahrscheinlich zu einer Verschiebung der Proliferationsaktivitäten Irans führen.

Der Krieg zwischen Israel und Iran überlagert die internationale Ebene im Nuklearstreit mit Iran. Bei den Verhandlungen mit den USA um ein erneuertes Nuklearabkommen war die eigene Urananreicherung für Iran nicht verhandelbar. Israel forderte den vollständigen Abbau der Anreicherungskapazitäten, die diesbezügliche Verhandlungsposition der USA war widersprüchlich. Im Oktober 2025 wird die UNO-Resolution 2231 und damit die Möglichkeit eines „Snapbacks“ auslaufen. Mit dem Snapback-Mechanismus hätten Deutschland, Frankreich und Grossbritannien (E3) zumindest theoretisch noch ein Druckmittel, das aber nach der militärischen Eskalation von untergeordneter Bedeutung ist. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass die europäischen Staaten in allfälligen kommenden Verhandlungen eine untergeordnete Rolle spielen werden.

NORDKOREA

Nordkorea setzt seine Nuklearwaffen- und Lenkwaffenprogramme fort. Es versucht dazu, auch westliche Güter zu beschaffen, darunter Güter aus der Schweiz. 2024 feuerte es in mindestens 18 Lenkwaffentests mehr als 60 Lenkwaffen ab. Ein Schwerpunkt der Tests waren nuklear bestückbare, feststoffgetriebene Systeme kurzer Reichweite. Ballistische Lenkwaffen mit Feststoffantrieb sind militärisch attraktiver als solche mit Flüssigantrieb, insbesondere aufgrund ihrer besseren Überlebens- und Reaktionsfähigkeit. Nordkorea hat seine Zusammenarbeit mit Russland intensiviert und beliefert den Nachbarn mittlerweile auch mit ballistischen Lenkwaffen kurzer Reichweite.

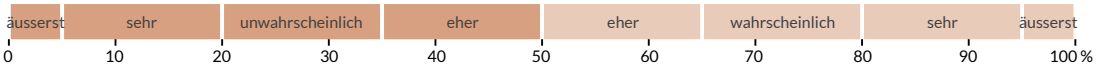
Nordkorea versucht, seine selbstgesetzten Ziele bei der Entwicklung fortschrittlicherer Wiedereintrittskörpertechnologien zu erreichen. Diese könnten die Luftabwehr des Gegners vor Herausforderungen stellen und damit destabilisierend wirken. Nordkorea hat zudem in grosser Stückzahl Trägermittelsysteme kurzer Reichweite operationalisiert und an der Grenze zu Südkorea stationiert. Damit könnte Nordkorea bei einer Eskalation auf der koreanischen Halbinsel signifikant auf Ziele im Grossraum Seoul einwirken.

Nordkorea baut seine Kapazitäten zur Anreicherung von Uran wie auch jene zur Produktion von Plutonium aus. Es setzt seine Entwicklungsarbeiten für ein nuklearbetriebenes U-Boot mit ballistischen Lenkwaffen fort.

Der Fortschritt seiner strategischen Rüstungsprogramme und die intensivierte Zusammenarbeit mit der nuklearen Supermacht Russland werden Nordkorea in seiner Überzeugung bestärken, kein Übereinkommen mit den westlichen Staaten zu benötigen. Nordkorea wird die Produktion von Spaltmaterial für Nuklearwaffen weiter nach Kräften steigern und die Operationalisierung von Trägermittelsystemen mit Feststoffantrieb in allen Reichweitenkategorien fortsetzen. Es wird sein Satellitenprogramm fortführen, um eine eigene satellitengestützte Aufklärungsfähigkeit zu erreichen.

Südkorea reagiert auf die fortschreitende Aufrüstung Nordkoreas mit umfangreichen Investitionen in ballistische Lenkwaffen und deren Abwehr. Eine Verschärfung der Rhetorik beidseits, innenpolitische Spannungen in Südkorea und die zunehmende Operationalisierung von auf einen interkoreanischen Konflikt ausgelegten nordkoreanischen Trägermittelsystemen erhöhen das Risiko einer ungewollten folgenschweren Eskalation auf der koreanischen Halbinsel weiter.

Wahrscheinlichkeitsskala



Was sieht der NDB?
Was erwartet der NDB?

Abbildung 8

VERBOTENER NACHRICHTENDIENST

SPIONAGE: ANHALTENDE TRENDS

Staatlich gesteuerte Sabotage, Beschaffung sanktionierter Güter, Angriffe auf militärische Stellungen, Luftangriffe auf kritische Infrastrukturen oder Mordanschläge auf Oppositionelle, Medienschaffende oder hochrangige Armeekader des Gegners haben einen gemeinsamen Nenner: Sie setzen nachrichtendienstliche Arbeit voraus, vor allem Spionage. Informationen werden bereits Jahre zuvor und oft zu Friedenszeiten gesammelt und ausgewertet. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und der Krieg im Nahen Osten liefern laufend Beispiele für erfolgreiche nachrichtendienstliche Arbeit.

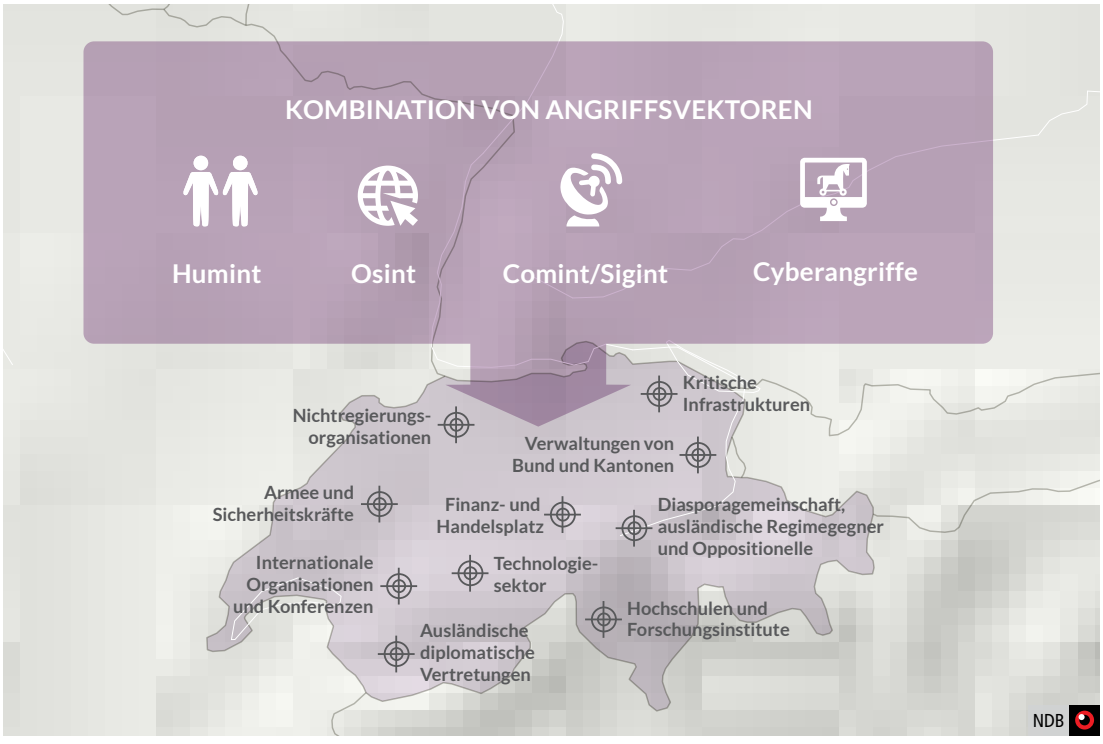
Nachrichtendienste unterstützen ihre Regierungen zudem mit der Beschaffung und Auswertung strategischer Informationen. Dazu gehören Absichten und Fähigkeiten von Konkurrenten und Feinden, aber auch von Partnern und Alliierten. Bei Konflikten werden diese Informationen und Beurteilungen wichtiger, auch weil der diplomatische und politische Informationsaustausch eingeschränkt ist. Beschafft werden die Informationen mit menschlichen Quellen und einer Vielzahl technischer Geräte wie Wanzen, Ortungsgeräten oder Satelliten. Nachrichtendienste dringen in elektronische Netzwerke ein und fangen kabel- und funkgestützte Kommunikation ab.

Unverändert führend in der Spionage sind die Nachrichtendienste der Grossmächte. Sie verfügen über enorme personelle, finanzielle und technische Mittel. In Europa gelten vor allem die Dienste Russlands und Chinas als grösste Bedrohung. Wie viele andere Dienste – insbesondere autoritär regierter Staaten – betreiben russische und chinesische Nachrichtendienste nicht nur Aufklärung, sondern sind auch treibende Kräfte bei anderen Aktivitäten. Dazu gehören transnationale Repression, Güterbeschaffung, Propaganda, Beeinflussung und insbesondere im Fall Russlands auch Sabotage und gezielte Tötungen im In- und Ausland. Gleichzeitig sorgen die Dienste innenpolitisch für Systemstabilität.

In der derzeitigen von Kriegen und Konflikten geprägten Lage werden die Mittel und Kompetenzen zahlreicher Nachrichtendienste äusserst wahrscheinlich ausgebaut. Parallel dazu ist seit mehreren Jahren zu beobachten, dass Staaten ihre Gesetzgebung bezüglich Handlungen ausländischer Akteure, zum Beispiel hinsichtlich Beeinflussungsaktivitäten, verschärfen. Dieser Trend dürfte anhalten.

Unter den gegebenen Umständen wird die Bedeutung von Spionage weiter zunehmen. Eine Herausforderung für viele europäische Staaten wird darin bestehen, angesichts den von Russland und China ausgehenden Bedrohungen die Spionage und nachrichtendienstlichen Aktivitäten anderer Staaten nicht zu vernachlässigen. Denn in Europa werden zahlreiche Dienste insbesondere afrikanischer und asiatischer Staaten aktiv bleiben.

Angriffsvektoren und Ziele von Spionage in der Schweiz



VERBOTENER NACHRICHTENDIENST IN DER SCHWEIZ

Die Spionagebedrohung in der Schweiz bleibt hoch. Die Schweiz gilt seit Jahrzehnten als wichtiger Operationsraum in Europa, weil sich hier zahlreich lohnende Ziele finden. Zahlreiche Staaten haben Nachrichtendienstmitarbeitende verdeckt in die Schweiz entsandt. Während die einen über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen, reisen andere nur für kurze Zeit ein, etwa um ihre Quellen zu treffen. Dabei geben sie sich etwa als diplomatisches Personal, Geschäftsleute, Medienschaffende oder Touristinnen und Touristen aus.

Die grösste Spionagebedrohung für die Schweiz geht weiterhin von Russland und China aus. Deren Dienste unterhalten hierzulande nach wie vor eine starke personelle Präsenz und getarnte Dienstposten an den diplomatischen Vertretungen.

Während Dienste etlicher anderer Staaten in erster Linie Exponenten der jeweils eigenen Diasporagemeinschaft aufklären, verfügen China und Russland über genügend nachrichtendienstliche Mittel, um auch weitere Ziele nachrichtendienstlich zu bearbeiten. Zu diesen Zielen gehören Bundesbehörden, Polizeikorps, Firmen, internationale Organisationen, ausländische diplomatische Vertretungen, Medienschaffende, Hochschulen, Universitäten und weitere Forschungseinrichtungen. Dazu setzen die Nachrichtendienste nicht nur über Jahre aufgebaute menschliche Netzwerke, sondern auch technische Mittel ein.

Schweizer Organisationen und Staatsangehörige werden zudem auch im Ausland Opfer von Spionage. Besonders exponiert sind dabei alle, die über privilegierte Zugänge zu sensiblen Gebieten verfügen, Sicherheitsbehörden angehören oder Persönlichkeiten der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind oder mit solchen näheren Umgang pflegen oder zusammenarbeiten, aber auch internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Zudem werden in Staaten mit einem harten Spionageabwehrregime gewisse Angehörige anderer Staaten grundsätzlich als Spionageverdächtige angesehen.

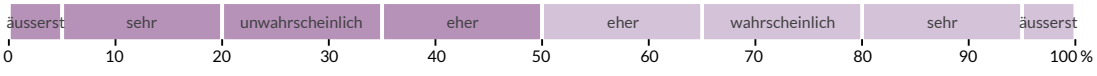
KURZFILM ZUM THEMA „WIRTSCHAFTSSPIONAGE IN DER SCHWEIZ“

www.vbs.admin.ch
> Sicherheit > Nachrichtendienst > Wirtschaftsspionage

Unter den gegebenen Umständen bleibt die Schweiz ein bevorzugter Operationsraum für Spionage und andere nachrichtendienstliche Aktivitäten, und China und Russland bleiben die massgeblichen Bedrohungsakteure. Beide Staaten haben Informationsbedürfnisse, die langfristig ausgerichtet sind und die sie unter anderem in der Schweiz abdecken können. Strategisch von Interesse sind die Beziehungen und Positionen der Schweiz zu diesen beiden Staaten selbst, zur EU, zu den USA und zur Nato, aber auch die militärischen Fähigkeiten der Schweiz. Darüber hinaus werden die russischen und chinesischen Nachrichtendienste in der Schweiz weiter nachrichtendienstlich gegen westliche Staaten vorgehen. Dazu gehören auch Aktivitäten und Vorbereitungsaktivitäten im Rahmen der hybriden Konfliktführung. Für die Schweiz steigt das Risiko, zur Vorbereitung oder Durchführung von Entführungen, Sabotage und Attentaten im Ausland missbraucht zu werden, zum Beispiel in Zusammenhang mit der intensivierten hybriden Konfliktführung gegen westliche Staaten.

Ebenso ist keine Abnahme der Spionage diverser Nachrichtendienste gegen ihre jeweils eigene Diasporagemeinschaft zu erwarten. Diese fokussieren auf exilierte Medienschaffende und Personen, die sich gegen die politische Führung in der Heimat wenden und damit auch Einfluss haben. Das internationale Genf wird bezüglich verbotenem Nachrichtendienst ein Brennpunkt bleiben.

Wahrscheinlichkeitsskala



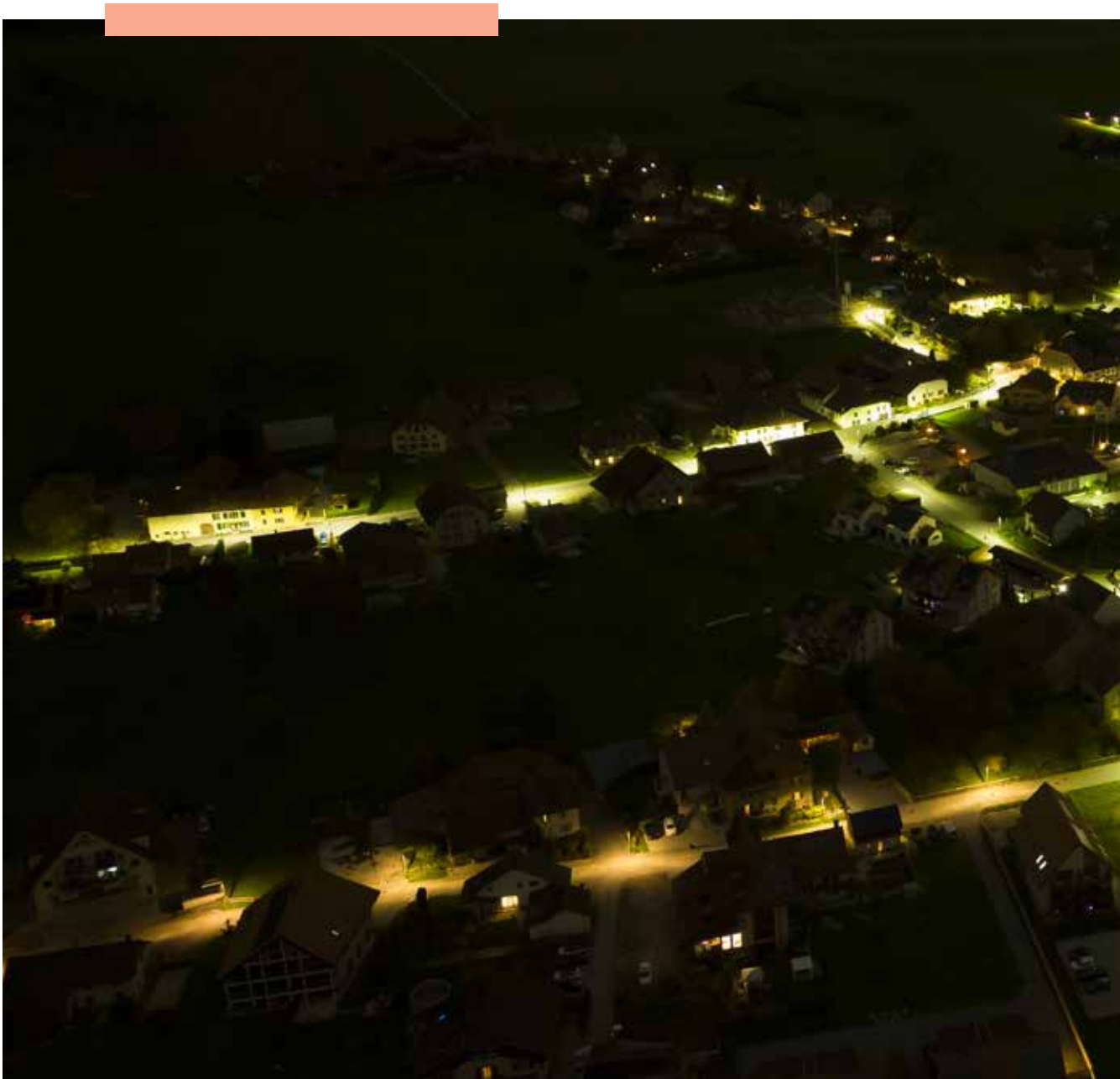


Abbildung 9

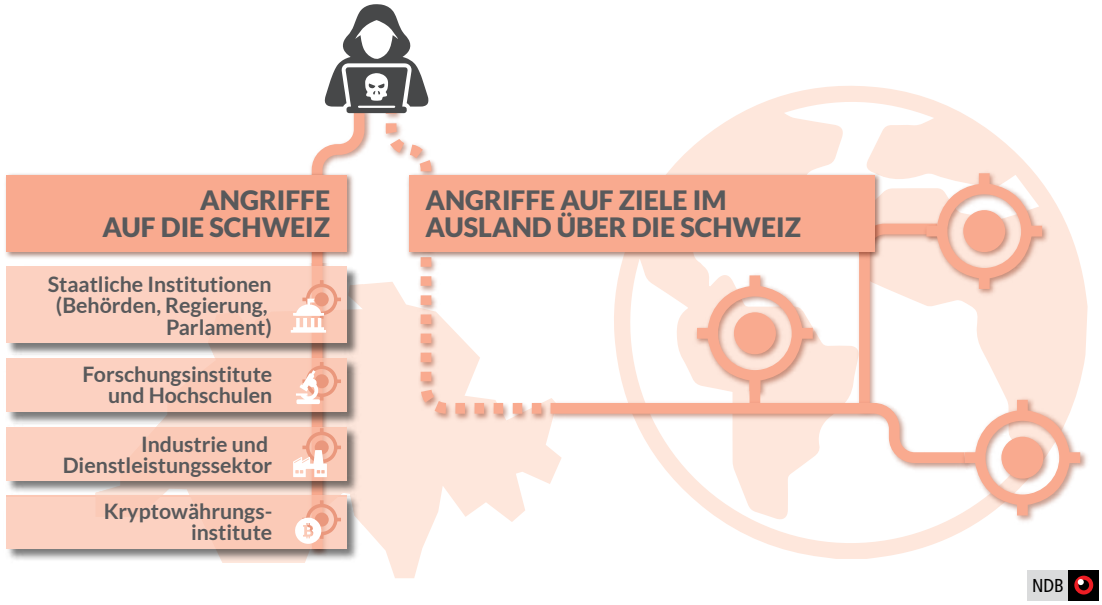
BEDROHUNG KRITISCHER INFRASTRUKTUREN

ALLGEMEINE BEDROHUNGSLAGE

Für Betreiber kritischer Infrastrukturen in der Schweiz stellen Cyberangriffe eine bedeutende Bedrohung dar. Der Krieg gegen die Ukraine bleibt hierbei ein bestimmender Einflussfaktor: Die staatlichen russischen Cyberakteure verfolgen vielfach die strategischen Interessen Russlands in diesem Krieg. Die Digitalisierung schreitet weiter voran und die Technologie macht Fortschritte – mit Folgen: Die Anzahl internetfähiger Geräte und damit die Anzahl möglicher Angriffsvektoren nimmt zu, Spionageaktivitäten werden automatisiert und künstliche Intelligenz hilft oder übernimmt das Programmieren. Die Angriffsfläche wird grösser und die Fähigkeiten der Angreifer entwickeln sich.

Eine Hauptbedrohung für Betreiber kritischer Infrastrukturen geht von staatlicher Cyberspionage sowie von Ransomwareangriffen krimineller, finanziell motivierter Cyberakteure aus. Gezielte Cybersabotageangriffe staatlicher Gruppierungen auf kritische Infrastrukturen in der Schweiz hätten aber ein viel höheres direktes Schadenspotenzial. Sie sind derzeit äusserst unwahrscheinlich, würden allerdings bei einem direkten Konflikt mit einem Staat rasch wahrscheinlicher. Zudem beherbergt die Schweiz eine Vielzahl von Infrastrukturen, deren Ausfall oder Störung erhebliche Auswirkungen auf Nachbarländer und weitere EU- und Nato-Staaten haben und deren Versorgungssicherheit beeinflussen oder gefährden können.

Staatliche Cyberangriffe mit Schweizbezug



Diese könnten – kinetisch oder mit Cybermitteln – im Rahmen hybrider Konfliktführung angegriffen werden, um spezifisch andere Staaten, Bündnisse oder Institutionen zu treffen. Es ist auch jederzeit möglich, dass Cybersabotageangriffe ausländischer Cyberakteure auf Ziele im Ausland Kollateralschäden für die Schweiz nach sich ziehen. Dies gilt insbesondere für russische Cybersabotageangriffe auf ukrainische Ziele. Viel Aufmerksamkeit erregen nichtstaatliche Hackergruppierungen mit Überlastungsangriffen – auch auf Webseiten und IT-Systeme von Betreibern kritischer Infrastrukturen. Solche Angriffe führen jedoch nur selten zum Funktionsausfall von IT-Systemen.

Eine Bedrohung für kritische Infrastrukturen geht auch von physischen Angriffen aus. Neben staatlichen Akteuren könnten zum Beispiel terroristisch oder gewalttätig-extremistisch motivierte Personen und Gruppierungen Angriffe auf kritische Infrastrukturen verüben, etwa um Aufmerksamkeit für ihre Sache zu erregen, oder auch, um der Schweiz oder mit ihr infrastrukturell verknüpften Nachbarstaaten stark zu schaden. Es liegen keine Hinweise auf entsprechende Angriffspläne vor.

BEDROHUNG DURCH STAATLICHE CYBERAKTEURE

Staatliche russische und chinesische Akteure betreiben intensiv Cyberspionage gegen Schweizer Ziele. Auch staatliche iranische und nordkoreanische Akteure nehmen die Schweiz ins Visier, wenn auch seltener: Iran spioniert primär Ziele aus, die einen Bezug zum Nahen und Mittleren Osten oder zu den USA haben. Nordkorea will in erster Linie Geld in Form von Kryptowährungen stehlen.

Besonders exponiert gegenüber Cyberspionage sind sicherheits- und aussenpolitische Behörden. Die Ziele von Cyberspionage unterscheiden sich nicht von den Zielen von Spionage im Allgemeinen. Im Cyberbereich können aber immer wieder einzelne Schritte von Spionageoperationen beobachtet werden. So sieht man hier die Versuche, an nicht öffentlich zugängliche Personendaten zu gelangen, um Adressaten für Phishingmails zu finden, mit denen weitere Zugänge zum Beispiel für Cyberspionage geschaffen werden sollen.

Firmen und akademische Forschung in den Bereichen Rüstung und neue Technologien stehen ebenfalls stark im Fokus. Ist der Export der entsprechenden Technologien und Güter in die Heimat des Angreifers sanktioniert, ist dies noch stärker der Fall.

Unter den privaten Betreibern kritischer Infrastrukturen ist der Energiesektor besonders von Cyberspionage betroffen. Es häufen sich zudem glaubwürdige Meldungen, dass staatliche chinesische Cyberakteure Telekommunikationsfirmen angreifen, so etwa in den USA oder in Südostasien. Diese Firmen sind entweder selbst Angriffsziel oder ein Zugriffsvektor für Angriffe auf die IT-Systeme ihrer Kunden. Angriffe auf und über die Lieferkette, insbesondere IT-Zulieferer, haben in den letzten Jahren generell zugenommen.

Staatliche Cyberakteure greifen ihre Ziele derzeit auffallend häufig über Netzwerkgeräte an. Dazu gehören Router und Firewall-Geräte. Diese Geräte und Systeme sind unter anderem zum Schutz von Netzwerken da, sind aber besonders verwundbar, wenn sie veraltet sind oder die Software nicht aktualisiert wurde. Solche Angriffe gelten nicht nur Behörden und Firmen, sondern auch Privatpersonen. Bei Angriffen auf Netzwerkgeräte werden zunehmend Zero-Day-Schwachstellen genutzt. Die Bezeichnung bedeutet, dass die Schwachstelle zum Angriffszeitpunkt nur den Angreifern bekannt ist. Dadurch werden die Detektion und der Schutz verunmöglicht oder zumindest stark erschwert. Kritische Systeme müssen auf möglicherweise bereits bestehende Kompromittierungen untersucht werden. Ein staatlicher Cyberakteur, der Zero-Day-Schwachstellen ausnutzt, demonstriert damit seine hochentwickelten technologischen Fähigkeiten.

Ausländische staatliche Cyberakteure nutzen zudem Infrastruktur wie Server in der Schweiz, um Cyberspionage oder offensive Cyberoperationen gegen sicherheitspolitisch relevante Ziele in Drittstaaten durchzuführen. Dies stellt für die Schweiz ein Reputationsrisiko dar, das auch politische Kosten zur Folge haben kann. Einige dieser Server sind Teil von Anonymisierungsnetzwerken, mit denen die Angreifer den Herkunftsort ihrer Operationen verschleiern. Dies erschwert die Attribution.

Staatliche Cyberakteure werden ihre Fähigkeiten wahrscheinlich schnell weiterentwickeln, allen voran die chinesischen, die auf eine starke sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis zurückgreifen können. Sie verwenden bereits heute ausgeklügelte Angriffstechniken. Die staatlichen Cyberakteure werden auf die Unterstützung von Forschungsinstituten und privaten Cybersicherheitsfirmen zurückgreifen und neue Technologien nutzen. Bereits heute setzen Angreifer zum Beispiel künstliche Intelligenz ein und können so Schadsoftware schneller an Zielsysteme und deren Verwundbarkeiten anpassen. Entsprechend steigt der Aufwand zum Schutz von IT-Systemen vor Cyberangriffen immer weiter.

Die USA und andere westliche Staaten ordnen immer häufiger Cyberangriffe öffentlich einem Staat zu. Solche öffentlichen Attributionen werden in den nächsten Jahren eher wahrscheinlich zunehmen und die Bezichtigten dazu bringen, dasselbe zu tun. Der Druck auf Staaten wie die Schweiz wird parallel hierzu eher wahrscheinlich zunehmen, ebenfalls öffentlich Stellung zu Verursachern von Cyberangriffen zu beziehen, insbesondere, wenn Systeme in der Schweiz für Angriffe im Ausland missbraucht wurden.

Staatliche Cyberakteure setzen ihre Fähigkeiten meistens für Spionage ein. Es ist jedoch möglich, dass sie sich weltweit Zugang zu strategisch relevanten IT-Systemen verschaffen, um diese später für Sabotage zu nutzen.

BEDROHUNG DURCH NICHTSTAATLICHE CYBERAKTEURE

Unter den nichtstaatlichen Cyberakteuren fügen insbesondere russische kriminelle Ransomwaregruppierungen kritischen Infrastrukturen den grössten Schaden zu. Sie richten finanziellen Schaden an, drohen zwecks Erpressung mit der Veröffentlichung vertraulicher Daten und tun dies auch. Werden Daten verschlüsselt und eine Sicherungskopie ist nicht vorhanden, kann der Angriff das Funktionieren kritischer Infrastrukturen beeinträchtigen. So führte 2024 ein Ransomwareangriff auf eine Schweizer Bildungsinstitution dazu, dass der Zugang zu mehreren IT-Systemen blockiert wurde. Anders als staatliche Gruppierungen suchen sich finanziell motivierte Hacker ihre Ziele opportunistisch und zielen auf schlecht geschützte Netzwerke von Firmen oder deren IT-Zulieferern. Skrupel haben sie nicht, wie etwa Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen auch hierzulande zeigten.

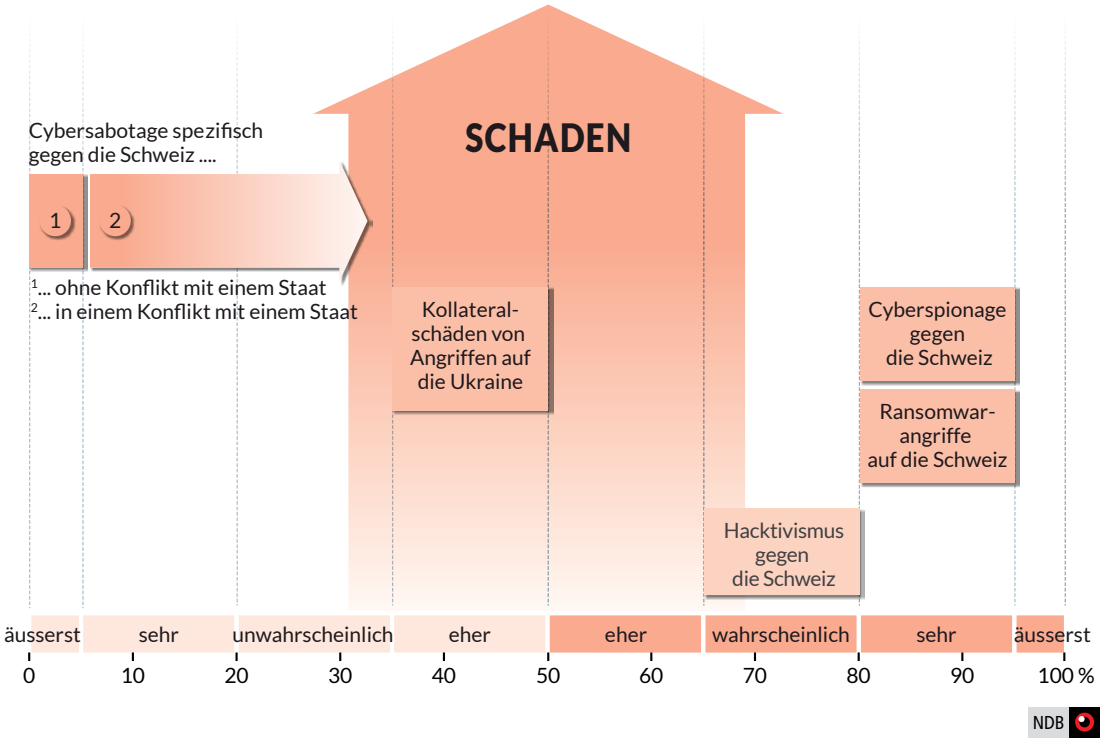
Politisch motivierte Hacktivistinnen und Hacktivisten wollen mit Überlastungsangriffen oder mit der Verunstaltung von Webseiten medial Aufmerksamkeit erregen. Seltener versuchen sie auch, exponierte und schlecht geschützte industrielle Anlagen zu manipulieren. Angriffe prorussischer Gruppierungen auf westliche Ziele sind besonders auffällig. Zudem nehmen seit Oktober 2023 Angriffe propalästinensischer und proiranischer Hacktivistinnen und Hacktivisten zu; betroffen sind primär israelische und amerikanische Ziele. Selten werden dabei relevante Webseiten oder Applikationen gestört. Dennoch fielen wegen eines Überlastungsangriffs auf die IT-Infrastruktur der Schweizer Bundesverwaltung im Januar 2025 mehrere Anwendungen während Stunden aus. Die Hacktivistinnen und Hacktivisten begründeten ihren Angriff mit dem Inkrafttreten des Gesichtsverhüllungsverbots Anfang 2025.

Teilweise beauftragen Staaten kriminelle oder politisch motivierte Hacker. Sie können so ihre Beteiligung an Cyberangriffen verschleiern beziehungsweise im Enthüllungsfall abstreiten.

Cyberkriminelle betreiben eine effiziente Arbeitsteilung. Zum Beispiel fokussieren sich manche darauf, Schadsoftware zu entwickeln, und andere darauf, Schwachstellen in Systemen zu entdecken. Sie verkaufen solche Programme und solches Know-how anschliessend an andere Cyberkriminelle. Es ist daher wahrscheinlich, dass die Anzahl der Ransomwareangriffe auf Schweizer Firmen und in geringerem Ausmass auch auf Behörden hoch bleiben wird.

Wenn sich die Schweiz politisch positioniert und deshalb von einer Konfliktpartei als negativ wahrgenommen wird, erfolgen sehr wahrscheinlich Überlastungsangriffe durch deren Unterstützer. Derzeit betrifft dies hauptsächlich den Krieg gegen die Ukraine oder den Nahostkonflikt. Beherbergt die Schweiz medial stark beachtete Grossanlässe wie das World Economic Forum, sind ebenfalls Überlastungsangriffe prorussischer oder auch propalästinensischer Hacktivisten zu erwarten. Es ist äusserst unwahrscheinlich, dass dabei kritische Dienstleistungen in der Schweiz ausfallen.

Cyberbedrohungen für die Schweiz



KENNZAHLEN 2024

Organigramm NDB

LAGEBEURTEILUNG

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB die erheblichen Bedrohungen für die Schweiz identifiziert und darüber berichtet.

Empfänger der Lagebeurteilungen des NDB waren der Bundesrat, daneben weitere politische Entscheidträger und zuständige Stellen in Bund und Kantonen, militärische Entscheidträger sowie die Strafverfolgungsbehörden. Der NDB bedient diese auf Bestellung oder aus eigenem Antrieb, periodisch oder spontan beziehungsweise termingebunden mit Informationen und Erkenntnissen aus allen Bereichen des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) und des klassifizierten Grundauftrags des NDB, sei dies in schriftlicher oder mündlicher Form.

Nachrichtenverbund

Der NDB unterstützte 2024 die Kantone mit fünf von seinem Bundeslagezentrum geführten Nachrichtenverbunde.

AMTSBERICHTE

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB den zuständigen Behörden zur Verwendung in Straf- und Verwaltungsverfahren unklassifiziert Informationen übergibt.

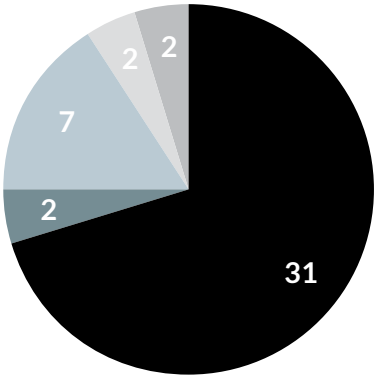
So stellte der NDB 2024 der Bundesanwaltschaft 16 und anderen Bundesbehörden wie dem Bundesamt für Polizei, dem Staatsekretariat für Migration oder dem Staatsekretariat für Wirtschaft 28 Amtsberichte (ohne Nachträge zu bereits bestehenden Amtsberichten) zu.

INTERNATIONALE KOOPERATION

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB mit ausländischen Behörden zusammenarbeitet, die Aufgaben im Sinn des NDG erfüllen. Er vertritt hierzu die Schweiz unter anderem in internationalen Gremien.

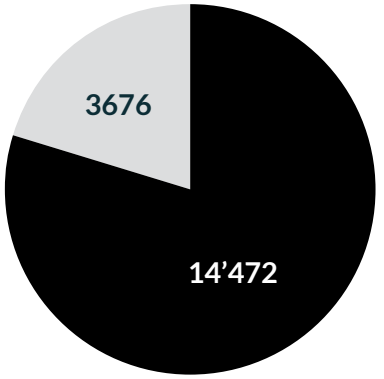
Im Einzelnen pflegt der NDB den Nachrichtenaustausch mit über hundert Partnerdiensten verschiedener Staaten und mit internationalen Organisationen. Dazu gehören die zuständigen Stellen bei der UNO sowie Institutionen und Einrichtungen der EU, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen.

An Bundesbehörden eingereichte Amtsberichte nach Bereichen
Total 44



- Terrorismus
- Gewaltextremismus
- Verbotener Nachrichtendienst
- Proliferation
- Keinem dieser Themen ausschliesslich zuzuordnen

Austausch von Informationen mit Partnerdiensten



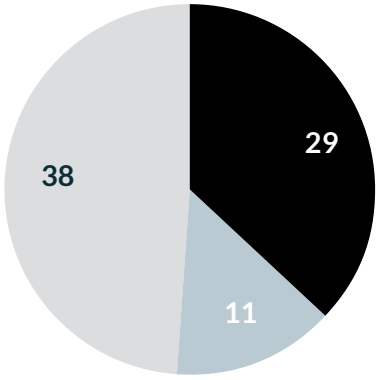
- Meldungen mit Aufgabenbezug von ausländischen Partnerdiensten
- An ausländische Partnerdienste weitergeleitete Meldungen mit Aufgabenbezug

SENSIBILISIERUNG

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB zusammen mit den Kantonen Programme zur Schärfung des Bewusstseins für illegale Aktivitäten in den Bereichen Spionage und Proliferation unterhält.

Mit dem Programm Prophylax sensibilisiert der NDB Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen, Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitute und Behörden. Er empfiehlt insbesondere konkrete Sicherheitsmassnahmen gegen den illegalen Wissenstransfer oder die Weitergabe von Informationen oder Daten.

Sensibilisierungen
Total 78



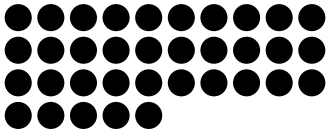
- Sensibilisierungen mit Unternehmen und Wirtschaftsverbände
- Sensibilisierungen mit Hochschulen usw.
- Sensibilisierungen mit Behörden auf Bundes- und Kantonsebene

PRÄVENTION

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB zusammen mit den Kantonen und den Bundesbehörden auch Präventionsansprachen in den Bereichen Spionage und Proliferation führt.

Das NDB hat auch Kontakt zu Unternehmen und Hochschulen, um Gespräche hinsichtlich von Prävention zu führen.

Präventivansprachen
Total 35



GENEHMIGUNGSPFLICHTIGE BESCHAFFUNGSMASSNAHMEN

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB in Fällen mit besonders grossem Bedrohungspotenzial in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3 NDG genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen einsetzen kann.

Die genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen sind in Artikel 26 ff. NDG geregelt: Diese Massnahmen müssen jeweils vom Bundesverwaltungsgericht genehmigt und nach Konsultation des Vorstehers des Eidgenössisches Departements für auswärtige Angelegenheiten und der Vorsteher des Eidgenössisches Justiz und Polizeidepartements von dem Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport freigegeben werden.

Die genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen werden für maximal drei Monate genehmigt. Nach deren Ablauf kann der NDB einen begründeten Verlängerungsantrag für maximal weitere drei Monate stellen. Die Massnahmen unterstehen einer engen Kontrolle durch die Unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsprüfungsdelegation.

Genehmigte und freigegebene Massnahmen

Aufgabengebiet (Art. 6 NDG)	Operationen	Massnahmen
Terrorismus	**2**	**55**
Verbotener Nachrichtendienst	**2**	**62**
NBC-Proliferation	**0**	**0**
Angriffe auf kritische Infrastrukture	**2**	**47**
Total	**6**	**164**

Von den Massnahmen betroffene Personen

Kategorie	Anzahl
Zielpersonen	**11**
Drittpersonen (laut Art. 28 NDG)	**11**
Unbekannte Personen (zum Beispiel nur Telefonnummer bekannt)	**13**
Total	**35**

Zählweise

- Bei den Massnahmen wird eine genehmigte und freigegebene Verlängerung (mehrmals möglich für maximal je drei Monate) als neue Massnahme gezählt, da diese im ordentlichen Prozess neu beantragt und begründet werden musste.
- Operationen und betroffene Personen werden hingegen nur einmal jährlich gezählt, auch bei Massnahmeverlängerungen.

KABELAUFKLÄRUNG

Mit dem NDG hat der NDB ebenfalls die Möglichkeit erhalten, zur Beschaffung von Informationen über sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge im Ausland Kabelaufklärung zu betreiben (Art. 39 ff. NDG).

Da die Kabelaufklärung der Informationsbeschaffung über das Ausland dient, ist sie nicht als genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme im Inland konzipiert.

Die Kabelaufklärung kann aber nur mit der Verpflichtung schweizerischer Betreiberinnen von leitungsgebundenen Netzen und Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen durchgeführt werden, die entsprechenden Signale an den Dienst Cyber- und Elektromagnetische Aktionen der Schweizer Armee weiterzuleiten. Deshalb sieht das NDG in Artikel 40 f. für die Anordnungen an die Betreiberinnen beziehungsweise die Anbieterinnen ein Genehmigungs- und Freigabeverfahren analog demjenigen für genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen vor.

Ende 2024 waren 3 Kabelaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

FUNKAUFKLÄRUNG

Auch die Funkaufklärung ist auf das Ausland ausgerichtet (Art.38 NDG), was bedeutet, dass sie nur Funksysteme, die sich im Ausland befinden, erfassen darf. In der Praxis betrifft dies vor allem Telekommunikationssatelliten und Kurzwellensender.

Im Gegensatz zur Kabelaufklärung ist die Funkaufklärung genehmigungsfrei, weil bei der Funkaufklärung keine Verpflichtung von Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen zum Erfassen von Signalen notwendig ist.

Ende 2024 waren 12 Funkaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

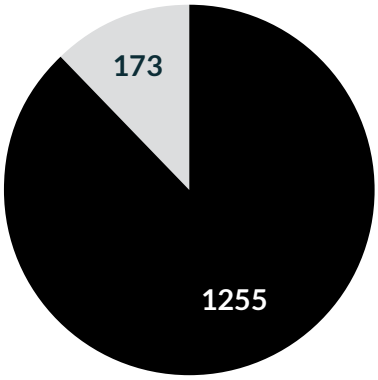
ÜBERPRÜFUNGEN IM BEREICH AUSLÄNDERDIENST UND ANTRÄGE AUF EINREISEVERBOT

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB bestimmte Personen aus dem Ausland auf eine mögliche Gefährdung der inneren Sicherheit des Landes prüft.

Ist der NDB der Auffassung, dass die betroffene Person ein potenzielles Risiko darstellt, kann er die Ablehnung des Antrags empfehlen oder bei den zuständigen Behörden Vorbehalte geltend machen. Je nach Gesuch kann es sich dabei um das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, das Staatssekretariat für Migration oder das Bundesamt für Polizei handeln.

	Gesamtzahl der Prüfungen	Empfehlung auf Ablehnung
Akkreditierung von Diplomatinnen und Diplomaten sowie von internationalen Funktionärinnen und Funktionären	**4557**	**17**
Visumsgesuche		**7**
Gesuche um Stellenantritt und Aufenthaltsbewilligung im ausländerrechtlichen Bereich		**4**
Asyldossiers (Schutzstatus S)	**569** **4**	**0** **0**
Einbürgerungsgesuche	**38'691**	**4**
Datensätze im Rahmen des Schengen-Visakonsultationsverfahrens Vision	**1'592'602**	**2**
API-Daten (Advance Passenger Information) *API-Daten, die keine Treffer mit den beim NDB vorhandenen Daten rgeben, löscht der NDB nach einer Bearbeitungsfrist von 96 Stunden.*	**3'611'873 Personen auf 20'904 Flügen**	

PERSONENSICHERHEITS-PRÜFUNGEN

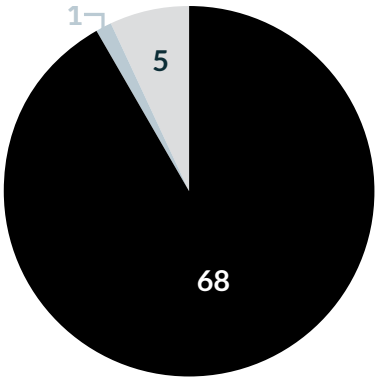


- Auslandabklärungen
- Vertiefte Abklärungen
  zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen

Die Personensicherheitsprüfung stellt eine präventive Massnahme zur Wahrung der inneren Sicherheit der Schweiz sowie zum Schutz ihrer Bevölkerung dar. Sie erfolgt bei Personen in sicherheitsempfindlichen Funktionen mit Zugang zu klassifizierten Informationen, Materialien oder Anlagen.

Für die Bundeskanzlei und die Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen des VBS führt der NDB im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen Auslandabklärungen und vertiefte Abklärungen zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen durch.

Anträge auf Einreiseverbot



- Verfügt
- Zurückgewiesen
- Noch in Bearbeitung Ende 2024

Von den 74 Einreiseverboten zur Wahrung der Sicherheit der Schweiz, die der NDB beim Bundesamt für Polizei beantragt hat, wurden 68 ausgesprochen. 5 Anträge waren bei Jahresende noch in Bearbeitung. Ein Antrag wurde an den NDB zurückgewiesen.

TRANSPARENZ

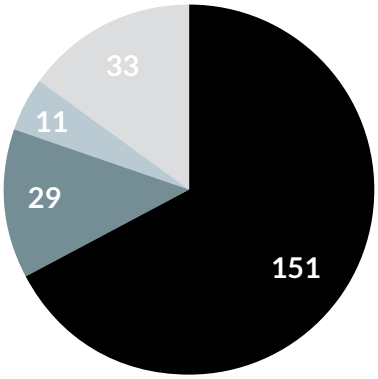
2024 gingen insgesamt 224 Auskunftsgesuche gestützt auf Artikel 63 NDG und Artikel 25 Datenschutzgesetz (DSG) ein. Bei 3 handelte es sich um Nachfragen zu früheren Gesuchen. 151 Gesuchstellerinnen oder Gesuchsteller erhielten eine vollständige Antwort: Der NDB erteilte ihnen vollständig Auskunft darüber, ob und falls ja, welche Daten er zum Zeitpunkt des Gesucheingangs über sie bearbeitet hatte.

In 29 Fällen wurde die Antwort aufgrund von Geheimhaltungs-/Drittinteressen aufgeschoben, eingeschränkt oder verweigert (Art. 63 Abs. 2 NDG/Art. 26 Abs. 2 DSG).

In 11 Fällen wurden die formellen Voraussetzungen (wie zum Beispiel das Erbringen des Identitätsnachweises) für die Bearbeitung eines Gesuchs trotz entsprechender Aufforderung nach drei Monaten nicht erfüllt: diese Gesuche wurden als gegenstandslos abgeschrieben. 33 Auskunftsgesuche waren Ende 2024 noch unbeantwortet.

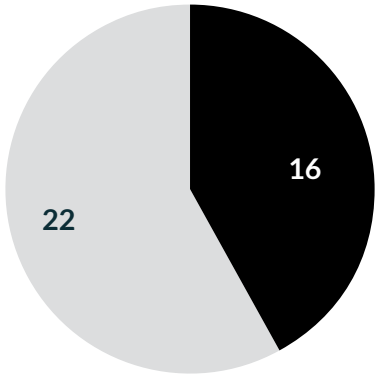
2024 gingen beim NDB 38 Zugangsgesuche aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) ein.

Auskunftsgesuche
Total 224
(davon 3 Nachfragen zu früheren Gesuchen)



- Übermittelte vollständige Antworten
- Aufgeschobene, eingeschränkte oder verweigerte Antworten
- Gesuche als gegenstandlos abgeschrieben (Frist abgelaufen)
- Auskunftsgesuche Ende 2024 noch unbeantwortet

Zugangsgesuche nach BGÖ
Total 38



- Als federführende Stelle
- Als mitbeteiligte Stelle

PERSONAL UND FINANZEN

Der NDB legt besonderen Wert auf Familienfreundlichkeit. Er ist 2016 als eines der ersten Bundesämter als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert worden.

Der NDB vertritt die Grundwerte „Offenheit", „Respekt", „Vertrauen", „Mut" und „Weitsicht".

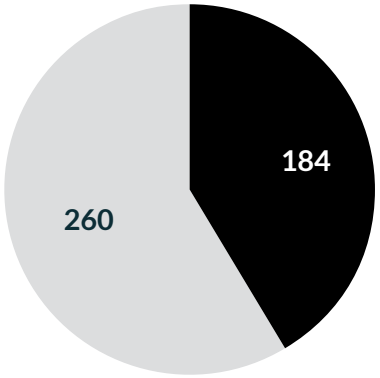
Herz des Dienstes sind hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Dutzenden Berufen. Für viele von ihnen gehören weltweite Dienstreisen zum Alltag.

Der NDB spricht alle Landessprachen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Lage, eine Vielzahl von Sprachen zu verstehen und sich darin auszudrücken. Der NDB fördert grösstmögliche Diversität auch als Mittel zu besserer nachrichtendienstlicher Teamleistung.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Total 444

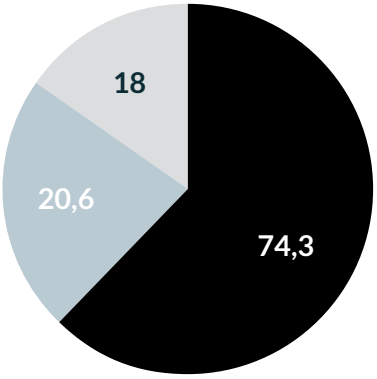
(Stand Ende 2024)



- Mitarbeiterinnen
- Mitarbeiter

Finanzen

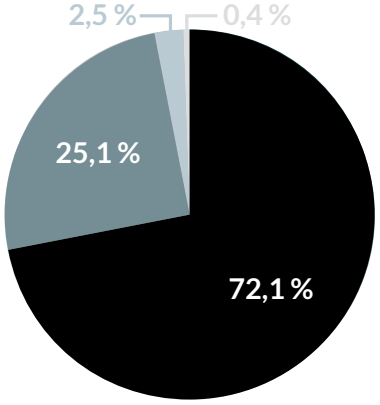
in Millionen Franken



- Personalaufwand
- Sach- und Betriebsaufwand
- Abgeltung an die Kantone für ihre Nachrichtendienste

Aufteilung nach Sprachen

(Stand Ende 2024)



- Deutsch
- Französisch
- Italienisch
- Rätoromanisch

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Umschlag: Camp al-Hol, in dem Angehörige der Terrororganisation „Islamischer Staat“ festgehalten werden, Nordsyrien, 27. Januar 2024
© Keystone / AFP / Delil Souleiman

1 Oval Office, Washington, 10. Februar 2025
© Keystone / AP / Alex Brandon

2 Nach der Eroberung eines Amtsgebäudes durch die Opposition in der Stadt Hamah, Syrien, 6. Dezember 2024
© Keystone / AP / Omar Albam

3 © Keystone / Tass / Vyacheslav Prokofyev

4 Nach dem Anschlag auf dem Marktplatz in Mühlhausen, Frankreich, 22. Februar 2025
© Keystone / AFP / Sébastien Bozon

5 Ausschreitungen anlässlich einer nicht bewilligten propalästinensischen Demonstration, Zürich, 12. Juni 2025
© Keystone / Michael Buholzer

6 Aktion der Jungen Tat während des European Song Contest, Basel, 15 Mai 2025
© Keystone / Til Buergy

7 Ausstellung von Lenkwaffen im Luft- und Raumfahrtszentrum der iranischen Revolutionsgarden, Teheran, Iran, 15. November 2024
© Keystone / AP / Vahid Salemi

8 Symbolbild
© Keystone / Science Photo Library / Victor de Schwanberg

9 Symbolbild, Daillens, Schweiz, 8. November 2022
© Keystone / Laurent Gilliéron

Redaktion
Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss
Mai/Juni 2025

Kontaktadresse
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
media@ndb.admin.ch
www.ndb.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.25d
ISSN 1664-4671

Copyright
Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2025

SICHERHEIT SCHWEIZ

Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern

www.ndb.admin.ch / media@ndb.admin.ch